

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund  
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Traubstr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 24

Berlin, den 14. Juni 1930

5. Jahrgang

## Wirtschaftsstürme über Deutschland.

Heulend tobt der Krisensturm durch Deutschlands Wirtschaft. Millionen Arbeiter riß er schon das Dach von der Existenzhütte, drückte Fensterscheiben ein und versuchte selbst an Mauern seine Kraft, aber seine Wucht ist keineswegs gebrochen. Mit unerminderter Schärfe verrichtet er sein Vernichtungswerk weiter. Ihm fallen nicht nur die Hütten der Arbeiter zum Opfer, sondern auch die stärker verankerten Dächer und Häuser von Gewerbetreibenden, Handwerkern, Landwirten, Bankleuten und Fabrikanten. Die Besitzenden erkennen auf einmal, daß auch ihnen Gefahr droht, wenn Millionen einst fleißigschaffender Hände untätig sein müssen und wenn ihnen der Krisensturm die Grundlage ihrer Existenz zerstört. Aber nur die Vernünftigen sehen das ein und erkennen, daß die sich stürmenden Trümmerhaufen die Wirtschaft bedrohen und den noch Gesicherten sehr gefährlich werden können.

Die Hilferufe der Arbeitslosen überhörte man lange Zeit, ohne darauf zu reagieren, jetzt, wo auch die Existenzen von Besitzenden mit erschüttert werden, scheinen alle SOS-Rufe mehr Beachtung zu finden, mit anderen Worten gesagt, die bürgerliche Reichsregierung und die Unternehmerkreise haben endlich erkannt, daß es wirklich höchste Zeit ist, etwas zu tun.

Das Handeln der Reichsregierung besteht darin, daß sie nicht mehr an Steuerermäßigungen für die Besitzenden denkt, wie noch vor Wochen und Monaten, sondern an neue Steuern, und daß die Arbeitslosenversicherungsbeiträge nun von 3,5 auf 4,5 Proz. erhöht werden sollen. Das von den Gewerkschaften und Sozialdemokraten geforderte Notopfer soll nun auch in der Form kommen, daß die Festbesoldeten im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft vorübergehende Reichshilfe bezahlen sollen. Auch die Lantime der Ausschüßräte soll mit einbezogen werden und ferner plant die Reichsregierung noch eine Steuer für Ledige, also eine Junggesellensteuer für Männer und Frauen. Dem Staat soll damit geholfen werden. Die Arbeitslosigkeit soll dadurch eingebremst und etwas verringert werden, daß die Reichsbahn und die Reichspost sofort Aufträge vergeben, und daß außerdem der Kleinwohnungsbau durch Zurverfügungstellung zusätzlicher Mittel angezogen wird, auch der Straßenbau soll in Angriff genommen werden. Ferner strebt das Kabinett eine Herabsetzung von Kosten und Preisen für das Gebiet der Bauwirtschaft an. So mußten sich die Fachleute in der Regierung und besonders der Reichsfinanzminister Dr. Woltenhauer in so kurzer Zeit umstellen.

Die Absichten der Reichsregierung, mit allen möglichen neuen Steuern und Belastungen den Reichshaushalt in Ordnung zu bringen, birgt für die Arbeiterschaft selbstverständlich größere Nachteile in sich als für die Besitzenden. Das liegt im Wesen einer bürgerlichen Regierung, den Besitz zu schonen. Mit der Beitragserhöhung der Arbeitslosenversicherung von 3,5 auf 4,5 Prozent werden die Arbeiter belastet, und die Junggesellensteuer trifft sie härter als die anderen. Aber was noch schlimmer ist, die Arbeitslosenversicherung soll in weitgehender Anlehnung an die Beihilfe des Vorstandes der Reichsanstalt neu geregelt und die Krankenversicherung „reformiert“ werden. Darin liegt ein Abbau der Arbeitslosenversicherung, dessen Auswirkungen wir bereits in unserer Nummer 21 behandelt haben. Die Reichsregierung hat es also in erster Linie mit darauf abgesehen, bei den Arbeitslosen und Kranken zu sparen, und die Besitzlosen zu belasten.

Aber nicht nur die Reichsregierung versucht, den Wirtschafts- und Finanznöten nach ihrer Art beizukommen. Auch das Unternehmertum bemüht sich jetzt. Bisher gingen die Bestrebungen in der Hauptsache dahin, durch Abbau der Löhne, also Schwächung der ohnehin schon zu knappen Kaufkraft und Verringerung des Absatzes, der schweren Krise beizukommen. Die Unternehmerbemühungen finden jedoch bei der Arbeiterschaft keinen Anklang. Damit wird ja auch nichts gebessert, sondern die Schwierigkeiten nur vergrößert, Wirtschaftskämpfe werden höchstens noch ausgelöst. Dadurch kann unmöglich die Wirtschaftskrise gemildert werden. Das sehen die wichtigsten Unternehmer auch ein, vor allem fühlen sie, daß die Gewerkschaften als Wirtschaftsfaktor in einer so stürmischen Zeit nicht zu übergehen sind. Das mag der Anlaß gewesen sein, daß die Spitzenverbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu Besprechungen kamen. Das hätte eigentlich schon eher getan werden müssen; denn die Dmac waren voraussehen, und die Arbeitgeberverbände sollten wissen, daß die Gewerkschaften beachtenswerte Wirtschaftsfaktoren sind, und daß es ohne sie nicht geht.

An das Verhandeln der Spitzenverbände knüpften sich Legenden, zu denen der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund folgende Feststellungen macht:

„Wenn so abwegig wie die Behauptung, daß die Frage der Arbeitsgemeinschaft bei diesen Beratungen eine Rolle gespielt habe, ist die andere vielfach wiederkehrende Meinung, daß der Deynhäuser Schiedspruch, der ein Opfer der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Eisenindustrie zur Ermöglichung einer Kosten- und Preislenkung vorsehe, der praktische Ausgangspunkt dieser Beratungen gewesen sei. Von dem Deynhäuser Schiedspruch ist in den gepflogenen Verhandlungen überhaupt nicht gesprochen worden.“

Es kam zu den Verhandlungen auf Initiative einer Gruppe von Unternehmern, die angesichts der anhaltenden Wirtschafts-

krise und der überaus schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt anregten, in gemeinsamen Besprechungen einen Weg zu suchen, der einerseits die ausreichende Versorgung der Arbeitslosen eindeutig sicherstelle, andererseits durch Ueberwindung der Vertrauenskrise zu einer Ankurbelung der Wirtschaft führen könne. Die Vertreter der Unternehmer bekannten sich zu dem Gedanken, daß der Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden müsse, und zwar dachten sie daran, daß die Angestellten der Wirtschaft, und zwar auch die leitenden Angestellten bis hin zu Generaldirektoren, für das laufende Gesamtjahr von ihrem nicht versicherungspflichtigen Einkommen einen Beitrag bis zur Höhe von 4 1/2 v. H. zahlen sollten. Die Gewerkschaften vertraten demgegenüber die Auffassung, daß dieser Hilfsbeitrag sich nicht nur auf die Angestellten der Wirtschaft beschränken dürfe, daß vielmehr alle von der Arbeitslosenversicherung nicht erfaßten Berufskreise diesen Beitrag leisten sollten. Sie waren der Meinung, daß dieses allgemeine Notopfer der von der Arbeitslosigkeit nicht betroffenen und in gesicherter Existenz befindlichen Schichten einen ersten und wirksamen Schritt zur Sanierung der Reichsfinanzen bedeuten würde. Die Sanierung der Reichsfinanzen erschien ihnen aber als eine unausweichliche Vorbedingung für die Besserung der Wirtschaftslage.

Von Unternehmenseite wurde darüber hinaus angeregt, die Ursachen der Arbeitslosigkeit in den Kreis der Beratungen einzubeziehen. Dabei war man sich auf beiden Seiten darüber klar, daß die Wirtschaft unter allen Umständen zu einer Senkung des Preisniveaus kommen müsse. Zur Debatte stand also eine Senkung der Produktionskosten zur Vermeidung des Absatzes. Gegenüber der von den Unternehmern vertretenen Anschauung, daß die Senkung der Preise auch eine Anpassung der Löhne einschließen müsse, vertraten die Gewerkschaften die Auffassung, daß insbesondere der viel zu hohen Preisspanne im Handel und den übersteigerten Kartellpreisen energisch entgegengetreten werden müsse, daß unter keinen Umständen der Senkung der Herstellungskosten eine Schwächung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung parallel gehen dürfe, daß vielmehr die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung in der Folge gehoben werden müsse, da anderenfalls die wirtschaftliche Situation genau dieselbe sein würde wie vorher. Eine Untersuchung der Ursachen der Arbeits-

losigkeit und eine Prüfung der Wege, die aus der jetzigen Situation hinausführen, halten auch sie für wünschenswert.

Im Laufe der Besprechungen wurde es von beiden Seiten für den Fall, daß es gelänge, eine gemeinsame Formel zu finden, für zweckmäßig gehalten, daß der Erfolg der Aktion in der Autorität des Reichspräsidenten eine Stütze fände. Die gemeinsame Formel müßte selbstverständlich dem von den Gewerkschaften vertretenen Standpunkt eindeutig Rechnung tragen. Bekanntlich ist eine Einigung bisher nicht zustande gekommen, da auf der gemeinsamen Ausschüßung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die am 3. Juni abgehalten worden ist, eine Einigung der Unternehmer nicht erzielt werden konnte. Infolgedessen wurde auch davon Abstand genommen, sich an den Reichspräsidenten zu wenden. Ob und wann die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, ist im Augenblick nicht zu übersehen.

Die Lage der deutschen Wirtschaft ist außerordentlich ernst, in diese Situation brachte sie ihr kapitalistisches System, bei dem das Profitstreben die Haupttriebfeder ist. Es kann nicht angehen, daß die Wirtschaft dauernd dem Profitstreben zu dienen hat, und insolge dessen von so schweren Erschütterungen heimgesucht wird. Für die deutsche Wirtschaft müssen andere Formen gesucht und gefunden werden, denn es ist unvereinbar, daß bei so hohem Kulturstand ein Volk wegen der Profitrate einiger Tausend Kapitalisten wirtschaftlich so schwer heimgesucht, leiden und opfern soll. Ein Wirtschaftssystem, das so schwere Folgen hat, das so ungerecht fundiert ist, das geradezu eine Last bedeutet, muß brennend umgestaltet und den Bedürfnissen der Menschen angepaßt werden. Warum sollen Millionen von besitzlosen Menschen Not, Elend, Leid und Gram auf sich nehmen, um einigen wenigen Tausenden den Segen des Reichtums aufzubürden? Die Wirtschaft ist für die Menschen da und nicht die Menschen für die Wirtschaft. Deshalb muß öffentlich immer wieder hervorgehoben werden, daß die Ursachen der gegenwärtigen Krise in der kapitalistischen Wirtschaft selbst liegen, und daß wir uns in Zukunft vor ähnlichen Wirtschaftsheimtungen nur schützen können, wenn wir der gegenwärtigen Wirtschaft eine vernünftigeren und zeitgemäßeren Form geben.

## Sachsenwahlen und Reichspolitik.

Arbeitsbeschaffung, um die fürchterliche Erwerbslosigkeit zu lenken, Erhaltung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung gegen den Ansturm der Wirtschaft, Ausbau der Sozialversicherung sind die großen sozialpolitischen Fragen, die am unmittelbarsten die Arbeiterschaft im Augenblicke berühren. Bei allen diesen Aufgaben handelt es sich um Angelegenheiten des Reiches. Ist es da nicht ganz gleichgültig, wie sich der sächsische Landtag zusammensetzt, und welche Stellung die nicht von sich aus zuständige sächsische Regierung zu diesen Fragen einnimmt? Die Frage stellen, heißt schon, sie verneinen. In der Reichsgesetzgebung wirken Reichstag und Reichsrat mit ähnlichen Befugnissen. Im Reichsrat zählt Sachsen 7 Stimmen, mit denen es im Verhältnis zu seiner Bevölkerung eine viel stärkere Einflussmöglichkeit besitzt als das siebenmal größere Preußen, das nur über die doppelten Reichsratsstimmen verfügt, weil die Hälfte der preußischen Delegierten von den Provinzen entsandt wird. Sachsen kann daher vielfach zugunsten oder ungunsten sozialpolitischer Gesetze im Reichsrat den Ausschlag geben. Die Regierung Büniger hat sich der Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung lange widersetzt und wollte lieber eine Verschlechterung der sozialen Leistungen herbeiführen, sie ist für Schlechterstellung der Konsumvereine beim Fündholzmonopol eingetreten, sie hat der Bewilligung der ersten Baureihe für den Panzerkreuzer B zugestimmt. Eine von der Sozialdemokratie beherrschte oder ausgleichgebend beeinflusste sächsische Regierung wird sich im Reichsrat für sozialpolitische Maßnahmen und Gesetze einsetzen, sie wird arbeiter- und konsumfeindliche Bestrebungen der Unternehmung und einer zünftlerisch angelegten Mittelstandsretterei bekämpfen. Bayern, Württemberg, einige Kleinstaaten und die Mehrzahl der preußischen Provinzen, allen voran Mecklenburg-Schwerin und Friedrichshagen, bilden im Reichsrat eine Abwehrfront gegen den sozialen Fortschritt, in der Vera Büniger hat Sachsen zu dieser Ländergruppe der sozialen Rückschritts gezählt. Für die Weiterentwicklung der sozialen Gesetzgebung im Reich kann es von ausschlaggebender Bedeutung werden, wenn Sachsen wie früher mit Preußen und den Hansestädten sich für Ausgestaltung der Sozialgesetzgebung im Reichsrat einsetzt.

Was hier von der Reichsgesetzgebung gesagt ist, gilt in gleicher Weise von Sachsens Einfluß auf die Reichsverwaltung. Ausführungsverordnungen zu den meisten Reichsgesetzen erläßt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates. Auch hier kann die sächsische Einstellung im Reichsrat für die Durchführung von Reichsgesetzen von entscheidender Wichtigkeit werden. Eine größere Zahl von obersten Stellen der Reichsverwaltung werden im Sächsischen mit den Ländern besetzt. Wird es möglich sein, auf solche Stellen aus der Arbeiterschaft hervorgegangene Männer zu berufen, die sich ihrer Verantwortung nach für die Interessen der Arbeiterschaft einsetzen, wenn die Länder von den Vertrauensleuten der Unternehmer und den Angehörigen einer erklüfteten alten Beamtenherrschaft regiert werden? Auch die Reichsstellen in den Ländern (z. B. Schlichter!) werden auf Wunsch der Landesregierungen, zum mindesten nach Zählungnahme mit diesen, besetzt. Glaubt die Arbeiterschaft, daß in diese für sie teilweise ganz besonders wichtigen Ämter Männer ihres Vertrauens berufen werden, wenn das Land selbst

in seiner Regierung für rechtsprechende, den Freisen der sogenannten Wirtschaft genehme Kandidaten eintritt?

Die großen Fragen der Reichspolitik wie Verwaltungsreform, Finanzausgleich, Steuerprogramm und vor allem auch die Grundfragen der Wohnungspolitik werden in allgemeinen Länderkonferenzen erörtert, bevor die Einzelgesetze an Reichsrat und Reichstag gelangen. Für die Richtung, die dort der Reichspolitik gewiesen wird, kommt es sehr darauf an, nach welchen programmatischen Zielen die sachverständigen Ländervertreter sich gutachtlich äußern. Für ein Notopfer der Besitzenden zugunsten der Erhaltung der Arbeitslosenversicherung werden sich niemals die Vertreter einer Regierung einsetzen, die den Abbau der sozialen Leistungen der Versicherung erstrebt. Ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm wird nur die Billigung solcher Ländervertreter finden, die nicht den öffentlichen Betrieben und der Gemeinwirtschaft Lohneinbußen geschworen haben.

Ein Jahr lang hat Sachsen im Reich eine Stellung eingenommen, die seinem sozialen Aufbau und seiner deutschen Aufgabe völlig widerspricht. Sachsen ist Industrie- und Arbeiterland. Wie in den Zeiten des Massenwahlrechts ist es aber von einer Regierung beherrscht worden, die sich als Exponentin der Landwirtschaft und des Unternehmertums fühlte. Finanzpolitisch ist es den engstirnigen Wünschen zünftlerischen Kleinvermögens und Innungspreistes gefolgt, die nicht erkannten, daß auch der selbständige Mittelstand nur gedeihen kann, wenn eine kauftkräftige Arbeiterschaft ihm Verdienst gibt.

Für die sächsische Arbeiterschaft wird der 22. Juni die Entscheidung treffen, ob in Zukunft Herr Weber, ein anderer Mann seines Geistes oder eine von sozialen und gewerkschaftlichen Gedanken getragene Regierung die Reichspolitik und damit die künftige Gestaltung der deutschen Sozialpolitik beeinflussen wird. Der „Sächsische Kurier“, die Zeitung der im Kabinett Büniger ausschlaggebenden Wirtschaftspartei, hat zu einem Angriff gegen diese Regierung wegen ihrer sozialpolitischen Geistesart geschrieben: „Sachsen fühlt sich unter einer Regierung wohl, die seine Meinung für Sozialpolitik hat.“ Wie wohl sich Sachsen unter einer solchen Regierung fühlt, zeigen die Klagen aller Berufsstände, offenbar die Finanznot aller Gemeinden, befehlen die entsetzlichen Zahlen der Erwerbslosigkeit. Als die Inflation des Jahres 1923 eine schwere Krise über Volk und Wirtschaft herbeigeführt hatte und die Verweilung in zwecklosen aber verständlichen Erregungen der Massen zum Ausdruck kam, schob man die ganze Schuld auf die sozialistische Regierung in Sachsen. Das Trümmerfeld am Schluß der Reiterung Büniger weist ähnliche Ausmaße auf. Wir wollen gerechter sein. Eine Völlenkündigung trifft sie nicht. Eine sächsische Regierung wird weder Wirtschaftskrisen herbeiführen noch beseitigen können. Wir dürfen aber von einer Regierung des Arbeiterlandes Sachsen fordern, daß sie Kraft und Willen besitzt, der Not der arbeitenden Schichten zu steuern, und daß sie im Lande wie bei der Reichsgesetzgebung hilft, alles zu tun, was der arbeitenden Bevölkerung ihres Landes zu tun. Eine solche Regierung des guten sozialen Willens ist das Ziel unseres Kampfes. Die Arbeiterschaft Sachsens hat es in der Hand, am 22. Juni die Grundlagen für eine solche Regierung zu schaffen.

# Emil Hoffmann 25 Jahre Gauleiter.

Unser Kollege Emil Hoffmann, Gauleiter der Branche Porzellan in Jena, ist am 16. Juni 25 Jahre Gauleiter.

Emil Hoffmann ist geboren am 16. Juni 1875 in Schleusingen als Kind einer Kleinbauernfamilie. Sein Vater verstarb, als Emil 17 Jahre alt war. Von Mutterliebe hat er nicht viel verspürt, denn kaum zehnjährig wurde ihm seine Mutter durch den Tod entzogen.

Er besuchte die Volksschule in Schleusingen und lernte nach Beendigung der Schulzeit als Porzellanformer. Schon in der Schulzeit hatte der junge, lebhaft, strebende Emil Hoffmann den Traum, von der Welt etwas mehr zu sehen als das kreisförmige Schleusingen. Die Lehre beendete, trieb es ihn hinaus in die Fremde. Sein unbeflegelter Optimismus und gelunder Humor waren gute Reisebegleiter und halfen ihm über viele Schwierigkeiten hinweg.

Schon als Lehrling hat der junge Porzellaner die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation erkannt, und dieser Erkenntnis folgend, wurde er am 27. Mai 1898 Mitglied des Porzellanarbeiterverbandes. Was das in jener Zeit, besonders in Breußen, bedeutete, braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden. Mit dem Eintritt in die gewerkschaftliche Organisation war Emil Hoffmann auch gleich Bewerber für die Gewerkschaft der Porzellanarbeiter, die sich damals noch in den Kinderschuhen befand. Nach einigen Wanderjahren kam Emil Hoffmann im Jahre 1898 nach Jena. In Jena fand er seine zweite Heimat und ein reiches Tätigkeitsfeld für die Arbeiterbewegung vor. Am liebsten arbeitete er aber für die Gewerkschaft. In seiner gewerkschaftlichen Organisation hat er vom Revisor bis zum Vorsitzenden alle Verwaltungsdienste bekleidet. Ab 1902 finden wir Emil Hoffmann auf allen Verbandstagen des Porzellanarbeiterverbandes. Als die Agitation und Mitgliederbewegung im Porzellanarbeiterverband nicht so richtig von statten gehen wollte, war es Emil Hoffmann, der mit guten Vorschlägen und Anregungen diente. Auf dem Verbandstag 1902 in Berlin hatte Emil Hoffmann das Referat „Agitation, unter Berücksichtigung der Gaueinteilung“. Der Verbandstag von 1902 konnte sich noch nicht für Anstellung von Gauleitern entscheiden. Auf dem Verbandstag 1905 referierte Emil Hoffmann über das gleiche Thema, und es wurde schließlich beschlossen, für Thüringen probeweise einen besoldeten Gauleiter anzustellen. Die Wahl fiel auf Emil Hoffmann, welcher gegen zwei Stimmen gewählt wurde. Die Anstellung als Gauleiter erfolgte am 16. Juni 1905, an seinem 30. Geburtstag. Als dann Emil Hoffmann auf dem Verbandstage 1908 in Berlin über seine Erfolge berichten konnte, fiel es dem Verbandstag nicht schwer, sich für die Anstellung von weiteren Gauleitern zu entscheiden.

Was Emil Hoffmann vor und seit seiner Anstellung als Gauleiter der Thüringer Porzellanarbeiterchaft ausrichtet hat, läßt sich nicht in wenigen Sätzen darlegen. Allezeit bereit, keine Strapazen und Müde scheuend, hat er gehalten und unterrichtet, wo er nur konnte. Emil Hoffmanns Verhalten ist es auch stets gewesen, sein Wissen nicht nur für sich zu behalten, sondern es auf einen größeren Kreis von Mitstreitern zu übertragen. Eine größere Anzahl tüchtiger Gewerkschaftsfunktionäre sind durch seine Schule gegangen. Als der Referentmangel für die Porzellanarbeiter sich fühlbar machte, veranstaltete er Referentkurse. Waren die Erfolge auch nicht weltbewegend, was davon liegt, daß sich nicht jeder zum Referent eignet, so muß doch festgestellt werden, daß eine Anzahl brauchbarer Referenten aus den Referentkursen hervorgegangen ist.

Aber nicht nur die Thüringer Porzellanarbeiterchaft hat Emil Hoffmann vieles zu verdanken, sondern auch die Porzellanarbeiter im ganzen Deutschen Reich und darüber hinaus; auch unsere ausländischen Bruderorganisationen. Als Referent ist er nicht nur in Thüringen, sondern in allen Teilen Deutschlands und sogar in Böhmen im früheren Oesterreich tätig gewesen. Vor seiner Anstellung als Gauleiter der Porzellan-

arbeiterverbandes war er längere Zeit für die Glasarbeiter agitatorisch tätig. Emil Hoffmann ist aber nicht nur Gewerkschaftler, sondern hat sich auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung geistig betätigt. Der Sozialdemokratischen Partei ist er am 8. Februar 1898 beigetreten, und hat in Drang- und



Sturmjahren seinen Mann gestanden, sowie vielseitige Ehrenämter bekleidet. Gleiches ist von der Genossenschaftsbewegung zu berichten, und so wären noch viele Zweige der Arbeiterbewegung anzuführen.

Dieser bewährte Verbandskollege, der durch die praktische Schule tüchtigster Unternehmer- und Volksgewerkschaftler gegangen ist, feiert am 16. Juni seinen Ehrentag. Er feiert an diesem Tage seinen 55. Geburtstag, sein 25jähriges Gauleiterjubiläum, er ist an diesem Tage über 37 Jahre gewerkschaftlich und 32 Jahre politisch organisiert. In dieser langen Zeitspanne hat er viele Widerwärtigkeiten zu überstehen gehabt. Seine Tätigkeit hat ihn aber auch Erfolge und Freunde bereitet. Stellungen, die ihm ein angenehmeres Leben gewährleisten hätten, hat er stets ausgeschlagen, da sein Herz hauptsächlich für seine Porzellaner schlägt. Sein aktives Wirken in der Arbeiterbewegung ist ein Stück Teilarbeit am Werben einer neuen Gesellschaftsordnung. Er hat mit dazu beigetragen, daß die jüngere Generation leichter aufatmen und sich freierbeweigen kann. Wir danken unserem Emil für seine unerwüßliche Tätigkeit, für seine gute Kameradschaft, für seine Treue, auf die wir blindlings vertrauen können. Möge es uns als den Gratulanten vergönnt sein, noch lange Jahre seine Erfahrungen, sein gereiftes Urteil zu hören. Wir gratulieren zu seinem Ehrentage und wünschen ihm recht lange Jahre körperliche Rüstigkeit in seinem und im Verbandsinteresse.

# Robert Dornheim 25 Jahre Verbandsangestellter.

Die politischen Wogen gingen besonders in Thüringen in den Jahren 1905-1910 sehr hoch. Die Staatsanwaltschaft überhüllte unsere Parteiorgane mit Anklagen über Anklagen. Unter diesen Umständen war der Verbrauch der Arbeitskraft in den Redaktionsstuben ein besonders hoher, und außerdem wurde die Tätigkeit des Redaktors eingeengt durch längere Gefängnisstrafen. Was lag näher, als daß unsere Parteipresse immer und immer wieder nach tüchtigem Nachwuchs suchen mußte. Im Mai 1905 wurde unser Kollege Dornheim nach Erfurt berufen und fand am 5. Mai 1905 endgültig Anstellung als Redakteur der „Tribüne“ in Erfurt.

Das Dreiklassen-Wahlrecht in Preußen sollte beseitigt und das freie Wahlrecht an seine Stelle treten. Die „Tribüne“ in Erfurt stand in diesem Kampf mit an erster Stelle. Es war das erste Parteiorgan, das wegen Beleidigung des Preussischen Abgeordnetenhauses angeklagt wurde. Die Staatsanwaltschaft in Erfurt ließ sich das Recht vom Preussischen Landtag geben, die Anklage zu erheben. Unser Kollege Dornheim wurde als verantwortlicher Redakteur angeklagt; gemeinsam mit einem zweiten Redakteur, der eine andere Nummer des Parteiorgans gezeichnet hatte, jeder erhielt 6 Monate Gefängnis. Bald darauf erfolgte eine zweite Anklage für unseren Kollegen Dornheim, weil er in der „Tribüne“ einen Jugendbarmerie-Wachtmeister beleidigt hätte. Zu den bereits verhängten 6 Monaten Gefängnis wurde Dornheim zu einer weiteren Woche verurteilt, so daß die Gesamtstrafe 6 Monate und eine Woche Gefängnis betrug. Diese Strafe mußte vom ersten bis zum letzten Tage abgetrammt werden. Der Kampf der Reaktion gegen unsere Parteiorgane wurde immer erbitterter geführt. Vorbestrafte Redakteure wurden mit noch härteren Gefängnisstrafen bedacht, und es ist deshalb ganz begreiflich, daß solche Kräfte als zeichnende Redakteure auszuwählen wussten, neue an ihre Stelle traten.

Unser Kollege Dornheim bewarb sich um eine Anstellung in unserem Hauptbüro. Er wurde als zweiter Vorsitzender gewählt und trat diese Stelle am 1. Oktober 1907 an. Seine Tätigkeit als politischer Redakteur wurde ihm vom Hauptvorstand des Glasarbeiterverbandes angedeutet, so daß seine Tätigkeit als Angestellter unseres Verbandes seit dem 5. Mai 1905, als wir zum ersten Male Dornheim auf eine 25jährige Tätigkeit als Angestellter unseres Verbandes in diesem Jahre zurückwies, und feiert sein 25jähriges Dienstjubiläum.

Kollege Dornheim ist am 25. August 1875 in Gersdorf, Kreis Arnstadt in Thüringen, geboren. Bereits am 23. August 1894 trat er dem Verband der Glasarbeiter bei und schloß sich auch am 1. Juli 1896 der politischen Partei an.

Kollege Dornheim hatte den Beruf als Thermometerarbeiter erlernt. Als Gauleiter für Thüringen konnte Dornheim nicht nur die Verhältnisse unter den Thermometerarbeitern, sondern auch die der Heimarbeiter und der sehr ausgedehnten Glasbläserindustrie kennen. Er begann für unseren Kollegen Dornheim als Gauleiter für Thüringen eine große Arbeit. Dornheimlich unter den Heimarbeitern war der Organisationsmangel noch nicht in der Form ausgeprägt, wie wir es uns wünschen, und es leider auch heute noch nicht der Fall ist. Trotzdem sah unser Jubilar die allerbestmögliche Mühe geben, um die Heimarbeiter der Organisation anzuschließen, waren die Erfolge mit der ausgedehnten Arbeit nicht in Einklang zu bringen. Nur aber die Reihenfolge in der Glasindustrie kennt, und wer da weiß, wie es besonders in der Glasindustrie liegen, der wird zu der Auffassung kommen, daß die Tätigkeit unter diesen Arbeitern und Arbeiterinnen als eine der ausdauerndsten be-

zeichnet werden muß, und deshalb auch die Erfolge nicht zu unterzählen sind.

Wesentlich anders lagen die Verhältnisse in der Glasbläserindustrie. Hier hatte unser Kollege Dornheim als Gauleiter nicht nur auf agitatorischem Gebiet Erfolge, sondern es gelang ihm auch, recht erhebliche Verbesserungen in der Lohn- und Arbeitsfrage zu erreichen. War doch auch in der Thüringer Glasbläserindustrie, und besonders bei den Flachglasmachern,



der Lohn äußerst gering und die Arbeitszeit 9 und 10 Stunden täglich. Recht bald änderte sich das. Ein Vorgang bleibt mir hier bauernd in Erinnerung. Wir waren bei Herrn Halle in Altenfeld, der über eine sehr ausgedehnte Flachglasindustrie in Thüringen verfügt, zur Verhandlung. Wie üblich erklärte Herr Halle, daß er nichts bezahlen kann. Es sei ihm ganz unmöglich, eine Zulage zu geben. Der Vertreter des Arbeitgeberverbandes sagte Herrn Halle: „Aus dem Verrietz ließ Herr Halle keinen Kollegen zur Verhandlung zu, und nachdem unsere Bemühungen nicht zu dem geringsten Erfolg führten, Herr Halle noch aufgeregter wurde, rief unserem Kollegen Dornheim die Grube, er hat mich, mit ihm das Kontor zu verlassen und schlug die Tür in einer Weise hinter sich zu, daß der Fall von den Wänden fiel. Der Streit schien unvermeidlich. Da mußte wohl Herr Halle mit uns Herrn Reichow doch nicht ganz wohl zumute gewesen sein, denn sehr bald erschien Herr Reichow bei uns und bat uns, noch einmal zur Verhandlung zu kommen. Herr Halle schien wie angewandelt, und in kaum 2 Stunden waren wir zum Abschluß eines Vertrages gekommen. Unser Kollege

Dornheim hatte mit seinem recht energischen Zuschlagen der Tür Herrn Halle doch etwas zu unseren Gunsten vermindert.

Im Jahre 1914 wurde die Tätigkeit durch den Krieg unterbrochen und der Gau Thüringen dem Kollegen Dirscherl wieder mitübertragen. Die Einberufungen zum Kriegsdienst hatten zur Folge, daß die Mitgliederzahl in Thüringen, wie im gesamten Verband erheblich zurückgegangen war. Wenn auch Kollege Dirscherl sein Alles aufbot, um die Zurückgebliebenen der Organisation zu erhalten, so konnte das doch nur ein Notbehelf sein, denn der Gau brauchte ja einen eigenen Angestellten. Nach der Beendigung des Krieges war es die erste Pflicht des Kollegen Dornheim, die übriggebliebenen Trümmer zu sammeln.

Auf agitatorischem Gebiet haben wir unserem Kollegen Dornheim viel zu verdanken und müssen anerkennen, daß durch seinen Fleiß und nie verjagendes Pflichtgefühl er der Organisation unschätzbare Dienste geleistet hat, damit aber auch bei der Kollegenchaft großes Vertrauen gewinnen konnte. Unsere Verwaltungstellen sind gefestigt; die Mehrzahl unserer Kollegen in Thüringen gehören zu den treuesten Mitgliedern unseres Verbandes.

Unser Kollege Dornheim besitzt große Kenntnisse auf sozial-politischem Gebiet und konnte dadurch als Lehrer und Berater an die Seite unserer Kollegen treten. Wir dürfen ohne Ueberhebung aussprechen, daß wohl kaum ein zweiter unter uns die verzeihliche Lage der Heimarbeiter in der Glasindustrie besser kennt als unser Robert Dornheim. Aber auch an dieser Stelle sprechen wir aus, wenn die Lage der Heimarbeiter heute noch eine verzeihliche genannt werden muß, dies der Kollegenchaft selbst zuschreiben ist, denn die Glasbläserarbeiten unserer Organisation noch zum erheblichen Teil fern, trotzdem sie des öfteren Mitglieder unseres Verbandes waren. Wie oft ist hier monatelange Arbeit umsonst verthan worden, da die Gleichgültigkeit zu groß ist.

Anders steht es bei den Glasbläserarbeitern, denn sie gehören unserer Organisation fast vollständig an.

Ein ernstlicher Berater ist unser Kollege Dornheim seinen Kollegen in diesen langen Jahren gewesen. Sachlich sein Auftreten, seine Beredsamkeit und seine Darlegungen werden immer von ausgezeichneter Offenheit getragen. Auch die Gegner haben anerkennen müssen, daß in dieser Sachlichkeit zugleich die größte Stärke des Kampfes liegt.

Samelt es die Zeit zuließe, war unser Jubilar immer ein treuer Mitarbeiter der gewerkschaftlichen und politischen Presse. Seine Artikel zeigten stets, daß Dornheim die Glasindustrie Thüringens kennt und dazu beiträgt, die Lage der Arbeiterchaft zu bessern. Unser Verbandsorgan hat manchen guten Artikel aus der Feder unseres Jubilars aufzuweisen, und diese Mitarbeit hat zur Vervollkommnung unseres Verbandsorgans beigetragen.

An diesem Jubiläumstage bringen wir dir, lieber Dornheim, die herzlichsten Glückwünsche dar. Wir wissen, daß nicht nur die Kollegen der Glasindustrie des Gau Thüringen sich dieser unserer Gratulation anschließen, sondern daß alle Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes mit uns von dem Wunsche befeelt sind, daß dich dein 25jähriges Jubiläum zu großer Freude beseligte, und dir auch die ferneren Tage in voller Gesundheit beschert sein mögen. Wir big.

# Arbeiterpartei und Gewerkschaften.

Es gab eine Zeit, in der die Arbeiterpartei und -sportler von Partei und Gewerkschaften nicht sehr freundlich begrüßt wurden. Es hieß, Turnen und Sport entziehe seine Anhängerschaft der Arbeit für die Gewerkschaften und die Partei. Diese Meinung kann von denen, die die Bestrebungen der Arbeiterpartei und -sportler kennen gelernt haben, nicht mehr aufrecht erhalten werden. Die Arbeiterparteiverbände sehen im Gegenteil zu den bürgerlichen Verbänden ihr Ziel nicht im Sport als Selbstzweck, sondern als Mittel zur körperlichen und geistigen Stärkung der Arbeiterklasse, zur Übung ihrer sozialistischen Aufgaben. Das steht voraus, daß die Funktionäre in den Arbeiterparteiverbänden mit den Arbeiterorganisationen, denen die Behandlung der Tagesfragen obliegt, Fühlung haben, daß sie Mitglieder der freien Gewerkschaften und Partei sind.

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund, der mit 781 000 Angehörigen die größte Arbeiterparteiorganisation der Welt ist, hat unter seinen Funktionären Erhebungen über das Verhältnis zu den freien Gewerkschaften und Arbeiterparteien vornehmen lassen, die sehr beachtenswerte Ergebnisse zeigten. Auf den Kreisfesten von 14 deutschen Kreisen des Bundes (die Kreise Württemberg, Nord- und Südbayern sind nicht einbezogen, da dort keine Feststellungen getroffen wurden) waren von 1752 Funktionären und Delegierten 1587 freigebergschaftlich organisiert (87,7 Proz.). Der SWD. gehörten 1843 an (76,6 Proz.). Politisch nicht organisiert waren nur 19,9 Proz., die restlichen 3,5 Proz. entfielen auf „Parteiangehörige“. Der niedrige Prozentsatz der Unorganisierten erklärt sich durch eine Abkühlung, daß die weiblichen Mitglieder verpflichtet sind zu debattieren, so daß bei den politischen Unorganisierten ein gewisser Prozentsatz auf die weibliche Jugend und bei den gewerkschaftlich Nichtorganisierten auf die verheirateten Frauen entfällt.

Lehrreich sind auch die Ergebnisse von Feststellungen in den Bundesvereinen über die Mitarbeit in den Parlamenten. In den 17 deutschen Kreisen wurden 9783 Bundesmitglieder gezählt, die Stadtverordnete oder Gemeindevertreter sind (einschließlich der 2 österreichischen Kreise 919), in Kreis- und Bezirksausschüssen arbeiten 1167 (einschließlich Oesterreich 1186) Bundesmitarbeiter, Landtagsabgeordnete sind 163 (178) und Reichstagsabgeordnete 30 (36) Mitglieder.

# Das beste Unternehmen der Fahrradindustrie e.

Von allen Industrien geht es in der Fahrradindustrie wohl am schlechtesten. Die Krise in diesem Industriezweig hat beargwünigt um sich gegriffen, daß mehrere Fabriken stillliegen mußten. Die Umorganisation in der Brandenburger Fahrradindustrie ist dafür der beste Beweis. Um so erfreulicher ist es, daß das Unternehmen, das sich als bestes Unternehmen der Fahrradindustrie herausweist, mit einem ähnlichen Ergebnis aufwarten kann. In dem jetzt erschienenen Geschäftsbericht heißt es u. a.: „Die Abwärtskrise, die in der Fahrradindustrie seit längerer Zeit herrscht, hat sich im Berichtsjahre noch verstärkt und führte zu einer allgemeinen Produktions-einschränkung, zum Teil sogar zur vollständigen Stilllegung namhafter Werke. Unser Unternehmen ist dank der verständnisvollen Mitarbeit der Gewerkschaften von dieser Krise nicht berührt worden. Wir konnten sogar errentenreicherweise unseren Umsatz wiederum beträchtlich und zwar auf etwa 44 000 Räder erhöhen. An dieser Umsatzsteigerung haben unsere Fabriknebenlagen und Auslieferungslager gleichen Anteil.“

# Ein Jubilar.

Am 15. Mai 1900 wurde Genosse Simon, der Vorsitzende des Zentralverbandes der Schuhmacher, auf der Generalversammlung in Naabeburg zum ersten Vorsitzenden gewählt. Am 23. Mai dieses Jahres konnte Simon seinen 65. Geburtstag feiern. Er hat ein langes Leben für das Wohl seiner Klassen-genossen und besonders seiner Berufskollegen gekämpft. Das ihm von der Arbeiterpartei dargebrachte Vertrauen begreifen die wichtigsten Ehrenämter, die der Jubilar bekleidet. Von 1907 bis 1918 gehörte Simon dem Bayerischen Landtag, seit 1912 auch ohne Unterbrechung dem Reichstag als Abgeordneter an. Nach der Revolution bekleidete er einige Monate den Posten eines Handelsministers in der bayerischen Regierung. Schließlich ist Genosse Simon auch seit dem Jahre 1907 Sekretär der Internationalen Schuh- und Lederarbeiter-Union. Wir bringen dem Jubilar, der sich noch vollener geistiger und körperlicher Frische erfreut, die besten Glückwünsche dar, hoffend, daß es ihm noch recht lange vergönnt sein möge, im Dienste der Arbeiterbewegung zu wirken.

# Der Einfluss der Flieharbeit auf die Gesundheit des Arbeiters.

Von Dr. en sc. soc. et. pol. Hans Mayer-Dagland, New York City (U. S. A.). (Schluß.)

Die Flieharbeit hat eine ganz neuartige Erscheinung unter den Berufskrankheiten erzeugt, die bisher — und leider auch heute noch nicht beachtet wurde. In zehn oder fünfzehn Jahren wird man erst erkennen, daß die Zahlen der Unfälle und der körperlichen durch Gase, Staubteile, Dünste und Feuchtigkeitseinwirkungen hervorgerufenen Berufskrankheiten durch nervöse und mentale Erkrankungen und Leiden abgelöst sein und in ihren Ausmaßen vielleicht die bisher bekannten übersteigen werden. Da ist zunächst einmal die gewerbliche oder die industrielle Neurose. Man behauptet, daß die Bewohner der Stadt New York eine Generation von Neurotikerern sind, erzeugt durch den Heidenräm von New York, erzeugt durch das Strapazieren unserer Strahlenarbeiter bei Tag und Nacht — was allerdings den Europäern nie passieren kann, da dort doch ganz andere Verhältnisse und strengere öffentliche Gesundheitskontrolle herrschen als hier.

Einen Schritt näher den Arbeitsstätten zugewandt, erkennt der Verfasser die neurotische Generation, die heute in den Fabriken gezüchtet wird, durch das rasende Tempo unserer einseitigen Arbeitsweise. Von 1200 Mädchen, die in einer Wästelzfabrik arbeiteten, im Alter von 16 bis 30 Jahren (sie hatten am fliehenden Band die einfachsten Manipulationen zu tun) wurden mehr als 856 nach achtmaliger Arbeit wegen Nerveneidens ärztlich behandelt. Ein Mädchen schloß in 60 Minuten 45 Pakete à 10 Schachteln und tat die Arbeit elf Monate, als sie nervös zusammenbrach. Sämtliche Mädchen klagten dem Fabrikarzt während eines Jahres einmal, manche mehrere Male über Nieren- und Rückenschmerzen. Alle Mädchen haben runde, hohe Köpfe ohne Lehne, von denen aus sie auf das Band gebrachten Arbeitsstücke (Lebstüben, Wästel und Zwiebäck) entweder zu glätten, oder zu fertigen, abzuzählen, einzureihen, einzupacken, zu schließeln, Etiketten anzubringen und wiederum in größere Packungen zu bringen hatten. Da die Löhne nur zwischen 12 und 18 Dollar die Woche betrugen, war darauf gesehen, bei Mehrleistung Prämien herauszuschlagen, und das Tempo des Bandes wurde erhöht.

Wieviel die Mädchen stumpfsinnig wurden, und weiter in solchen Betrieben werden, ergab die Umfrage, was sie in ihrer Freizeit tun, und was sie taten, bevor sie Fabrikarbeiterinnen im Fliehsystem wurden. Da das Zeitunglesen als ein Gradmesser selbst an Hochschulen gilt, wurde auch hier damit begonnen. 89 Proz. gaben an, nur Blätter zu lesen, die man in New York als „Loblois“ bezeichnet, es sind dies die Sensationsblätter mit vielen Illustrationen und Skandalgeschichten. Von Büchern wurden ebenfalls nur sensationelle Ausgaben, kitschige Geschichten und ebenso Schundliteratur-Magazine genannt, während mehr als die Hälfte der Mädchen (57 Proz.) eine Schulbildung hatten, die einer besseren Bürgerschule oder den unteren Stufen einer europäischen Mittelschule entsprechen würde.

Von den angeführten 1200 Mädchen trugen 312 Augenläser beim Eintritt, nach einem Jahr 781! Die Augen werden durch die fortwährende Bewegung des Arbeitsstückes sehr beeinflusst und geschädigt.

In einem Betrieb in Long Island City, in dem nur 88 Frauen an Damenschuhen arbeiteten, waren alle durch die eigenartige, ständige Bewegung des rechten Armes und die vollständige Ruhe des linken Armes mit Brustschmerzen auf der rechten Seite befallen. Die Verstärkung der rechtsseitigen Muskulatur hatte eine leichte Verstärkung und Vergrößerung der rechten Brust zur Folge. Verschwerden solcher Art können nicht als entschuldigungsbedürftig angesehen werden.

Interessant mögen einige Zahlen einer privaten Versicherungsbank in den Staaten sein, die Unfälle betreffen und ein weiteres Steigen derselben zeigen: 1926 wurden dieser Versicherungsgesellschaft 2555 Fälle berichtet, 1927 2553 Fälle, 1928 2699 Fälle und 1929 2931 Fälle.

Gleichzeitig liegen die Ansprüche für Nervenerkrankungen, Gehirnleiden und Leiden der Atmungsorgane... (Weigallen... Nationalisierung hemmend).

1926 wurden 89, 1927 35, 1928 40, 1929 55 Fälle von Gehirn-Erkrankungen berichtet.

Dabei stiegen die Nerveneiden (welche oft nur das Anfangsstadium von Gehirnleiden sind) von 696 Fällen in 1926 auf 768 in 1927 und 870 Fälle in 1928.

Das alles bei einer privaten Gesellschaft von Industrie-arbeitern. Die Selbstmorde haben sich von 31 Fällen in 1926 auf 41 in 1929 vermehrt, wobei bezeichnenderweise Nerveneiden vorrangieren.

Woher kommen aber alle Nerveneiden bei den amerikanischen Arbeitern, und welches sind die Ursachen, daß von den 3000 Arbeitern der Worthington Pump Machine Co., Harrison im Jahre 1926 nur 12 Proz., im Jahre 1927 schon 18 Proz., im Jahre 1928 schon 29 Proz., im Jahre 1929 bereits 34 Proz., der Krankheitsfälle vom Fabrikarzt mit „nervous breakdown“ (nervöser Zusammenbruch) klassifiziert wurden? Es ist interessant, genau vorzugehen, und zu unterscheiden zwischen Ermüdung und Erschöpfung: Ermüdung ist ein Zustand, der durch inständige Hemmung der willkürlichen Willkämpfe hervorgerufen wird und den Muskel vor schädlicher Ueberanstrengung schützen soll. Ermüdung ist also eine regulatorische Hemmung, die von der Arbeit zurückhält, um Erschöpfung zu vermeiden.

Der Unterschied zwischen Ermüdung und Erschöpfung besteht darin, daß ein erschöpfter Muskel infolge gewisser Veränderungen in seinem Innern oder im Nervensystem zur Weiterführung der Arbeit aus physikalisch-chemischen Gründen nicht mehr fähig ist.

Ermüdung kann durch Ruhe ohne Folgen beseitigt werden. Erschöpfung dagegen hat Veränderungen im Gewebe hervorgerufen, die zu dauernden Schädigungen führen.

Das fliehende Fliehsystem führt tagtäglich zur Erschöpfung unserer Industriearbeiter, und damit zu dauernder Schädigung der Gesundheit des arbeitenden Menschen in diesem System.

Die Frau leidet jedenfalls früher und auch relativ mehr darunter als der Mann. Ganz klar ist, daß die Unfälle, soweit sie direkt am Band geschehen, zum großen Teil auf die überreizten Nerven der Fliehschleifer zurückzuführen sind.

Heute, wo der Arbeitsmarkt in Amerika sehr schlecht ist, sehen wir eine noch gesteigerte Nervosität in der Arbeitsverrichtung, da der verheiratete amerikanische Arbeiter verschuldet ist und jede Woche 50 und mehr Prozent an Abschlagszahlungen leistet für sein Auto, Radio, feine Möbel, sein Haus usw. — ein System, das hier in den Staaten Formen angenommen hat, die den Europäern erschrecken lassen. Wird das Arbeitsquantum nicht erreicht, so befürchtet der verheiratete Arbeiter Entlassung, infolgedessen größere Hast am Band.

Andererseits hat die Flieharbeit auch merkwürdige soziale Wirkungen, die man klar erkennen kann, wenn man selbst darin arbeitet und mit den Betrieben und Vorgesetzten vertraut ist. Viele junge Arbeiter und Mädchen, die einmal arbeitslos geworden sind und nach einigen Tagen und Wochen sich wieder von der Erschöpfung erholt haben, werden von einem Leiden erfaßt, das ich „Phobia“ nennen möchte, und das nichts anderes ist, als die Furcht vor dem rationalisierten Betrieb mit laudendem Arbeitsband, großem Tempo, monotoner und höchststehender Arbeit. Das bringt diese Klasse von Menschen aus ihrem Ge-

leise, und sie helfen mit, die Zahl der Kriminalfälle in Amerika zu vermehren, und machen die „Verbrechens-Welle“ noch größer. Diese Leute sind krank, halbmechanisiert und leiden an Arbeitsangst — eine durch die Flieharbeit erzeugte Nervenerkrankheit, welche heute noch gar nicht genügend beachtet wird, aber schon ihre Resultate in den Statistiken der Fabrikbüros zurückläßt.

Nicht allein das Augenlicht, sondern auch der Tastsinn, die Aufnahmefähigkeit, die geistige Tätigkeit, das Begriffsvermögen und die ganzen körperlichen Funktionen, wie Verdauung, Blutzirkulation usw., leiden, nein, auch die Veränderung hervorgerufen durch die Arbeitsstellung des Körpers (Verkümmerung von Muskelpartien, Veränderung der Lage von Nieren, der Gebärmutter, Därmen usw., Starke Ausbildung mancher Muskeln und Gewebe infolge Uebermäßigkeit des Gebrauches usw.) sind eine Folge der zweiten „Phobia“, nämlich jener der vollkommene Willenslosigkeit, diesen schädlichen Einwirkungen der Arbeit entgegenzuarbeiten. Wir sehen, wie schwer diese Industriearbeiter für die Versammlungen, Vorträge, Sport- und kulturellen Veranstaltungen zu erhalten sind, weil sie erschöpft sind und werden, jeden Tag, an dem sie in den rationalisierten Industrien arbeiten. Sie haben jede Energie verloren, durch Sport und Spiel diesem Dämon des körperlichen und geistigen Todes entgegenzuarbeiten.

Seit 1920 ist die Zahl der Geisteskranken, die aus Arbeiterkreisen kamen, in den Staaten um 94 Proz. gestiegen, und zwar besonders im industriellen Osten. 1929 wurden 2931 Mädchen aus Arbeiterkreisen in der Stadt New York verurteilt, gegen 1281 im Jahre 1920. Phobia I — oder Arbeitsangst vor dem Betrieb, wo man nur der Hebel der Maschine ist.

Aber nicht nur direkt in den Fabriken ist diese Erscheinung von mir beobachtet worden, sondern auch in Versandhäusern, großen Verpackungszentralen, Milchabfüllungsstationen der „Borden“ oder der „Sheffield Food Co.“, welche die 7 Millionen New Yorker jeden Tag mit Milch versorgen. Selbst in Kontoren der Adressen- und Postreklamefirmen finden wir diese Art von Einwirkungen, wenn auch nicht in dem Maße.

In einer Abhandlung, die mir vorschwebt, sobald ich mit einer Reihe weiterer Beobachtungen zu Ende bin, möchte ich an das Problem der Gegenmaßregeln herantreten. Zweifellos ohne dürfte eine Fünfminutenpause nach jeder 55-Minutenperiode helfen, um Mensch und Maschine eine Ruhepause zu geben, ferner der öftere, vielleicht wöchentliche Arbeitsplatzwechsel für jede Abteilung, deren Charakter es erlaubt — und viele, sehr viele erlauben das.

Dann einen kürzeren Arbeitstag, eine vielleicht längere Mittagspause, in der zum Sport oder Spiel Gelegenheit geboten ist, um dem Körper Erfrischung zu geben, und den Geist vor Erschöpfung zu retten. Der Arbeitstag kann unter den Produktionsverhältnissen leicht auf sieben oder sechs Stunden verkürzt werden, da die rationalisierte Betriebsweise diese Kürzung ausgleichen wird, ohne daß Lohnkürzung eintreten müßte. Der produzierende Arbeiter muß ein Arbeitssystem haben, das die Vernichtung und Schädigung der Volksgesundheit verhindert.

Ob durch Einschalten von Radio-Aussprechern mit kurzen Programmen für die Pausen die Monotonie der Arbeit vermindert wird, muß versucht werden. In Philadelphia machte das der Geschäftsführer einer kleinen Strumpfmachefabrik als Mittagspausen-Unterhaltung und der psychologische Effekt war gut — dabei kostete die ganze Sache nur wenige Dollars.

Welcher Art die weiteren Maßnahmen sein müßten, kann man erst nach längerem Experiment erfahren. Tatsache aber bleibt, daß Pausen, kürzerer Arbeitstag, bessere Gewerbehgiene und Arbeiterschutz, sowie die Indianstellung von Sport, Körperkultur und vor allem — die Untersuchung, Labellierung und statistische Erfassung der Einflüsse der Flieharbeit und der Lösung der Probleme näherbringen, bevor man erst durch die Not der Entwicklungen gezwungen sein wird, diesen neuen Fragen zur Erhaltung der Volksgesundheit Beachtung zu schenken.



## Aussperrung in Köpenick.

Bereits in den beiden letzten Nummern des „Keramischen Bundes“ ist darauf hingewiesen worden, daß die Betriebsleitung der Glasfabrik Marienhütte beabsichtigt, wesentliche Lohnerhöhungen durchzuführen. Es handelt sich bei der Firma Seltmann, Glasfabrik Marienhütte in Köpenick, um einen Außenbetrieb des Schuberbandes Deutscher Glasfabriken. Hergestellt werden im Betrieb hochqualifizierte Wirtschaft-, Bleikristall- und Reischgläser.

Die Betriebsleitung wurde leider in ihrem Vorgehen, Verschlechterungen durchzuführen, vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin stark unterstützt. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin glaubte der Arbeiterschaft Verschlechterungen zumuten zu müssen, um den Betrieb in Köpenick zu erhalten. Trotzdem die Gewerkschaften nachweisen konnten, daß bei der Produktion in Köpenick bestimmt, soweit das Lohnkonto in Frage kommt, in Gegenüberstellung mit der Konkurrenz besondere Belastungen bestanden.

Nachdem die Belegschaft der Glasfabrik Marienhütte einstimmig den Vorschlag des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin abgelehnt hatte, griff die Firma zu Entlassungsmaßnahmen. Die Beschäftigten wurden zum Freitag, dem 6. Juni 1930, gekündigt, mit der Maßgabe, sie könnten die Arbeit fortsetzen, wenn sie nach dem einseitigen Diktat der Betriebsleitung weiter arbeiten wollen. Dies mußte von der Arbeiterschaft abgelehnt werden und ist am 6. Juni deshalb die Aussperrung des Arbeitgebers perfekt geworden. Geschlossen haben alle Arbeitnehmer die Entlassung angenommen, und zwar in vollster Verantwortung für die Beschäftigten in der gesamten Reischglasindustrie Deutschlands. Würde es der Firma Glasfabrik Marienhütte in Köpenick gelungen sein, Arbeitswillige zu erhalten, so hätten bestimmt die

Konkurrenzfirmen bei künftigen Auseinandersetzungen um die Tarifverhältnisse immer darauf hingewiesen, in Köpenick arbeitet man billiger, und wäre dasselbe Verlangen auf Abbau an allen Orten gleicher Produktionsart gestellt worden.

Obgleich Herr Seltmann immer einen loyalen Arbeitgeber markieren will, zeigte er in diesem Kampfe erst richtig seinen Herrenstandpunkt. Vor der Entlassung hat er durch Bekanntmachung erklären lassen, daß die Inhaber von Werkwohnungen diese sofort zu räumen haben. Das Junggefallenheim soll sofort geschlossen werden, um die ledigen Arbeiter obdachlos zu machen. Die Kantine wird geschlossen und kein Essen verabreicht. Seinen Betrieb und die stattgefundenen Betriebsversammlungen ließ Herr Seltmann durch Polizei bewachen. Durch entsprechende Gegenmaßnahmen der Organisation werden ihm die geplanten Anschläge auf die Rechte der Arbeiterschaft nicht gelingen. Daß Herr Seltmann Interesse daran hat, seinen Betrieb in Köpenick weiterarbeiten zu lassen, geht daraus hervor, daß er mit den widerlichsten Mitteln und Anstößen verfuhr, Streikbrecher zu erhalten. Die Antwort ist ihm, wie bereits erwähnt, gegeben worden, indem die Arbeiterschaft von Köpenick geschlossen die Entlassung angenommen hat. Es wird ausdrücklich hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß infolge des ausgedehnten Arbeitskampfes über den Betrieb von Köpenick die Grenze verhängt ist und Arbeitsangebote aus dem In- und Ausland zu unterlassen sind.

Die Arbeiterschaft der Glasfabrik Marienhütte von Köpenick hat von jeder weitestgehenden Entgegenkommen gezeigt. Sie ist aber nicht gewillt, sich einseitigen Machtgeboten zu fügen und wird den Kampf fortsetzen, bis die Betriebsleitung Verhandlungsbereitschaft auf angemessener Grundlage der Existenzfähigkeit aller am Kampfe Beteiligten zeigt.

## Die Lohnverhältnisse der Handflaschenmacher.

Durch die neuen Zoll- und Steuergesetze wird die Lebenslage der am schlechtest entlohnten Arbeiterschaft am stärksten belastet. Das hat seinen Grund darin, daß die beschlossenen Zölle und Steuern die notwendigen Lebensmittel, die ein Mensch unbedingt haben muß ganz erheblich verteuern. Da nun aber ein schwer arbeitender Mensch, der ja bekanntlich meistens aus geringem Lohn lebt, mehr von diesen mit Zöllen und Steuern belasteten Nahrungsmitteln zu sich nehmen muß als ein anderer, der nicht so schwer oder gar nicht arbeitet, um seine verbrauchten Kräfte zu ersetzen, wird er auch am härtesten getroffen von dieser neuen Teuerungswelle. Ist das Einkommen groß genug, so kann das, was für Lebensmittel, Bier und Tabak mehr ausgegeben wird, bei anderen Ausgaben wie Wohnung, Heizung, Kleidung, Vergnügen usw. wieder eingespart werden. Anders ist es aber bei den geringeren Entlohnungen. Eine Familie mit einem Einkommen von 1500 bis 2000 RM im Jahre kann bei der Wohnung nichts einsparen, denn sie wohnt nur noch in ganz unzulänglichen Häusern, da für eine ordentliche Wohnung die Miete nicht aufzubringen ist. Bei der Heizung und

Kleidung ist es ebenso, es wird fast immer nur ein Zimmer geheizt und so sparsam, daß man im Winter eben nicht erfriert. Kleidung ist bei diesen Verhältnissen so wenig vorhanden, daß manches kaum etwas zum Wechseln da ist. Anders ist es ja bei den Genussmitteln, bei Bier und Tabak. Das einzige Vergnügen für einen verheirateten Arbeiter, wenn er nicht den besten entlohnten Berufs angehört, ist seine tägliche Feise und dann und wann ein Glas Bier, zu anderen Genüssen reicht es nicht. Zu Ferien- und Wadereisen, Festessen usw. fehlen die Mittel.

Es sind ja noch einige Arbeitergruppen vorhanden, die annähernd mit ihren Löhnen auskommen, andere wieder erhöhen ihr Einkommen durch Ueberstunden und Akkordarbeiten, etliche Berufs sind aber trotz aller Anstrengungen der Gewerkschaften so niedrig geblieben mit den Löhnen, daß sie mit Sorgen in die Zukunft blicken und darüber nachdenken, woher sie bei dieser Teuerung die Mittel nehmen sollen, um nicht ganz zu verelenden. Zu diesen Berufs gehört auch der Handflaschenmacher.

dieses Berufes, der einer der ungeliebtesten und aufreibendsten ist, einer Kritik zu unterziehen.

Der Lohn der Handflaschenmacher (mit Ausnahme der Schaupagnerflaschenmacher) liegt zwischen 39 bis 59 RM wöchentlich, es besteht also ein Unterschied von 20 RM zwischen den Fabriken mit den niedrigsten und denen mit den höchsten Löhnen. Der Unterschied liegt aber nicht an der Höhe der Akkordtarife, der ja in ganz Deutschland gleich ist, sondern an den technischen Einrichtungen. Wo die Einrichtungen so getroffen sind, daß viel Flaschen gemacht werden können, wird auch mehr verdient. Der Reichsbuchschnitt beträgt 47,38 RM pro Woche oder 98,7 Pf. stündlich nach einer Erhebung vom Jahre 1929. Im Vergleich zu den Löhnen anderer Berufs ist dieser Lohn als äußerst gering zu betrachten, da es sich bei den Flaschenmachern um Akkordlohn handelt, bei den Erhebungen über die Lohnhöhe der anderen Berufs aber nur um Zeitlohn.

Nach einer Statistik des ADGB („Gewerkschafts-Zeitung“, Heft 7, 1930), die mit den Feststellungen des Statistischen Reichsamts fast übereinstimmt, beträgt der DurchschnittsStundenlohn der Arbeiter in Deutschland im Dezember 1929 107,1 Pf. Diese Statistik ist aufgenommen von 42 Berufs in 48 Orten aus allen Teilen Deutschlands. Schaltet man die ungelerten Arbeiter aus, so ergibt sich ein Durchschnittslohn von 113,6 Pf. pro Stunde für Facharbeiter in 32 Berufs.

Die festgestellten Löhne sind aber nicht die wirklich verdienten Löhne, diese liegen in den meisten Berufs höher als die im Tarif festgelegten. Die Zuschläge zu den Ueberstunden und der Sonntagsarbeit, Zuschläge für besondere Arbeiten, für Familienangehörige usw. bringen es mit sich, daß der wirklich gezahlte Lohn den tariflichen übersteigt. Nach einer Erhebung des Statistischen Reichsamts („Gewerkschafts-Zeitung“, Heft 23, 1929) betrug der tarifliche Lohn für Handwerker der chemischen Industrie im Zeitlohn 93,5 Pf., im Stücklohn 109,8 Pf. pro Stunde, der wirkliche Verdienst betrug 122,3 Pf. im Zeit- und 132,2 Pf. im Stücklohn, also 24,1 und 20,1 Proz. über dem tariflichen Lohn. Der wirklich erzielte Akkordverdienst ist 34,3 Prozent höher als der in der Statistik verzeichnete Stundenlohn von 93,5 Pf. Der durchschnittliche Wochenverdienst betrug unter Berücksichtigung des Ausfalls für Krankheit und Kurzarbeit 60,60 RM im Zeit- und 68,14 RM im Stücklohn. Trotzdem der tarifliche angegebene Stundenlohn der Handwerker der chemischen Industrie mit 93,5 Pf. und der festgestellte Stundenlohn der Flaschenmacher mit 98,7 Pf. fast gleich sind, ist der Lohn des Stücklohnarbeiters in der chemischen Industrie doch um 90,29 RM wöchentlich höher als bei den Flaschenmachern, die ebenfalls im Stücklohn arbeiten. Der Unterschied ist in Wirklichkeit aber noch größer, da bei den Arbeitern der chemischen Industrie der Ausfall an Krankheit und Kurzarbeit berücksichtigt ist, was bei den Flaschenmachern bei dem angegebenen Verdienst nicht der Fall ist. Der Ausfall an Krankheit ist bei den Flaschenmachern ganz erheblich, da sich die Krankenziffer weit über dem Durchschnitt bewegt, hinzukommen noch jedes Jahr einige Wochen Offenerparatur. Es betrug der durchschnittliche Jahresverdienst in einer Glashütte, in welcher 80 Flaschenmacher beschäftigt sind, 2017,18 RM pro Flaschenmacher, das sind wöchentlich 38,79 RM, hinzukommen Mietzuschuß und Feuerungszuschuß von wöchent-

lich 2,27 RM, das sind zusammen 42,06 RM wöchentlich. Bei der Lohnerhebung wurde der Verdienst in der betreffenden Gütie mit 44,16 RM angegeben. Der wirklich verdiente Lohn ist demnach im Gegensatz zu anderen Betrieben, wo der Lohn, der tatsächlich gezahlt wird, höher ist als der tariflich festgesetzte, niedriger als der angegebene. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß bei der Lohnerhebung der Lohn von 3 oder 4 Wochen genommen und nur für vollbeschäftigte Flaschenmacher errechnet wird, die Krankheits- und Unfalltage aber nicht berücksichtigt werden. Ueberstunden sind aber aus technischen Gründen und wegen der aufreibenden Tätigkeit nicht möglich, so kommt es denn, daß der wirkliche Lohn im Durchschnitt niedriger ist, als wenn eine kurze Zeit von 3 bis 4 Wochen, in welcher alle, die an der Lohnerhebung beteiligt und voll beschäftigt sind, herausgenommen wird aus dem Jahresverdienst. Bei den Textilarbeitern, die nach der Lohnstatistik den niedrigsten Lohnsatz von allen Berufsgruppen haben, liegt der wirklich verdiente Lohn ebenfalls beträchtlich höher als der festgesetzte Tariflohn. Nach einer Statistik („Wirtschaftsschulblätter“, Heft 2, Jahrgang 5, Seite 22) beträgt der Lohn für Facharbeiter in dieser Industrie:

Ort	Tariflohn pro Stunde		Tatsächlicher Verdienst pro Stunde	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Rheine	65,2	53,7	76,3	68,4
M.-Gladbach	62,8	62,8	82,1	76,5
Aachen	69,5	69,5	90,9	83,9
Durchschnitt	63,8	62	83,1	76,2

Der wirkliche Verdienst liegt auch hier bedeutend über dem Tariflohn, und zwar 26,1 Proz. bei den männlichen und 22,9 Prozent bei den weiblichen Arbeitern.

Die aber die wirklich verdienten Zeittlöhne schon ganz bedeutend über den Tariflohn, so ist dieses erst recht der Fall bei den Akkordlöhnen. In manchen Betrieben beträgt der Mehrverdienst im Akkordlohn bis 70 Proz. über dem Tariflohn, in anderen wieder weniger. Eine Statistik über die wirklich verdienten Akkordlöhne besitzt man, von einigen Betrieben abgesehen, noch nicht. Soll aber ein Vergleich gezogen werden zwischen den Löhnen der Flaschenmacher und den Löhnen anderer Berufe, so müssen die verdienten Akkordlöhne ermittelt werden, da ja die Flaschenmacher nur im Akkord arbeiten. Hierbei ist man nur auf Schätzungen angewiesen. Nach den Feststellungen, die bis-

her über den wirklich verdienten Lohn vorliegen, kann man wohl damit rechnen, daß zum allerwenigsten der Akkordlohn 25 Proz. über dem Tariflohn liegt. Der durchschnittliche Zeittlohn beträgt für Facharbeiter 113,6 Pf. pro Stunde, rechnet man für Akkordarbeit einen Mehrerwerb von 25 Proz., so erhält man einen Lohn von 142 Pf. Verechnet man dagegen den Lohn der Flaschenmacher mit 98,72 Pf., so ergibt sich ein Unterschied von 43,28 Pf. = 43,8 Proz. Der wirkliche Verdienst der Flaschenmacher ist aber noch um etliches geringer als der festgesetzte Lohn von 98,72 Pf., der Unterschied würde dementsprechend noch mehr betragen als 43,8 Proz.

Es ist doch wohl unausbleiblich, daß ein Berufsstand, der wegen seiner ungelunden und aufreibenden Arbeitsverhältnisse mit den Löhnen an der Spitze stehen müßte, verelenden muß, wenn er dauernd in solch einem Ausmaß unter dem Durchschnitt entlohnt wird. Deshalb muß alles daran gesetzt werden, die Löhne so hoch zu bringen, daß sie sich denjenigen der anderen Berufe angleichen. Man hat aber wahrnehmen können, daß die Löhne der Flaschenmacher immer weiter zurückgehen. Im Jahre 1927 betrug die durchschnittliche Lohnerhöhung für das Deutsche Reich 8,6 Proz., 1928 8 Proz., 1929 4,8 Proz. („Gewerkschafts-Zeitung“, Heft 7, 1930), bei den Flaschenmachern waren es nur 7 Proz., 7 Proz. und 12 Pf. pro Hundert Flaschen = 3,8 Proz., in 3 Jahren sind die Löhne der Flaschenmacher um 3,6 Proz. hinter dem Durchschnitt zurückgeblieben trotz ihres niedrigen Standes.

Wenn die Glasflaschenmacher auch der Maschine weichen müssen, und der Beruf mit der Zeit wohl ganz verschwindet, so muß doch dafür gesorgt werden, daß sie, solange sie noch gebraucht werden, so viel verdienen, um ihre Familien und ihre Arbeitskraft erhalten zu können. Das ist aber nicht möglich, wenn sie so viel weniger von der Produktion erhalten als andere Menschen. Wenn die Preise für die Flaschen nicht hoch genug sind (was hier nicht untersucht werden soll), um die Arbeiter ordentlich zu bezahlen, so müssen Maßnahmen getroffen werden, um dieses durchzuführen zu können. Gern erinnert sei nur daran, wie die Landwirte die Hilfe des Staates in Anspruch nehmen, um ein höheres Einkommen zu erzielen. Es kann doch nicht gut angehen, daß die Arbeiter hungern und darben, nur um die Welt mit billigen Flaschen zu beliefern. Es ist dringend nötig, daß irgend etwas unternommen wird, um diesem unerträglichen Zustand ein Ende zu machen.

### Christbaumschmuckindustrie.

Die Zahl der Arbeitenden in der Christbaumschmuckindustrie wird immer kleiner, die der Arbeitslosen und Notleidenden immer größer, da die Unternehmer (Verleger) in ihrem rigorosen Vorgehen keine Grenzen kennen. Trotzdem immer Arbeit vorhanden ist, erhalten diese nur die Tarifunterbieter und solche, welche dauernd die Herren im Kontor aussuchen. Die Spielgelderei ist ja eine bekannte Eigenart einer Anzahl Arbeiter in der Christbaumschmuckindustrie. Man versucht eben, seine Mitmenschen, seine Berufskollegen soviel wie möglich zu hintergehen und anzuschwärzen. Da aber die Willigmacher bei diesen Hungerlöhnen nicht bestehen können, und auch die angenommene Arbeit nicht fertig bringen, wird mit Frau und Kindern von früh bis spät in die Nacht hinein geschuftet, Sonntags ebenfalls. Soweit Hilfsarbeiter beschäftigt werden, erhalten diese einen so geringen Lohn, daß auch sie gezwungen sind, abends bis 9, 10 Uhr und länger zu arbeiten. Obwohl man es in vielen Fällen mit Betrieben zu tun hat, findet sich keine Behörde, die diesen trostlosen Zuständen ein Pfost gebietet.

Die Arbeiterschaft, welche wohl diese Uebel abstellen könnte, läßt sich durch ihren Indifferentismus zu einem willigen Spielball machen. Obwohl sie seit Jahren die Not und das Elend immer deutlicher spürt, findet sie nicht den Mut, gegen ihre Notlage anzukämpfen. Es soll ihr geholfen werden, und sie glaubt sich dadurch zu helfen, daß sie jeder Partei, welche auftaucht und ihr Versprechungen macht, nachläßt. So sieht der größte Teil jetzt den Retter in der Notkreuzrotte, bis auch sie wieder bitter enttäuscht sind, wie schon so oft.

Auch sind die Fälle nicht selten, daß Betriebsarbeiter noch abends mit ihren Frauen zu Hause schlafen und Heimarbeit verrichten, denn man sieht sie morgens mit Kisten in die Betriebe wandern.

Ein weiteres, sehr schwerwiegendes Kapitel, welches sich ebenfalls für die Vermissten der Armen auswirkt, ist der Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung von diesen Industriefeldlingen. Auch verkommen die Klagen darüber nicht, daß Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge nicht entrichtet werden, da eben keine Anmeldung erfolgt, wenn Arbeit vorhanden ist, und wenn sie schon entrichtet werden, dann nicht in der richtigen Höhe. So wird auf Kosten der Kranken-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung der Tarif unterboten; den Arbeitern werden Tausende hingeworfen zum Schaden der Industrie und der Arbeitslosen. Wer diese Zustände nicht mitmachen kann und will, bleibt eben ohne Erbarmen auf der Straße liegen. Die Hauptfirmen lassen ihre Getreuen zu sich kommen, und dann wird alles so gehoben, wie es den Verlegern beliebt. Die anderen können sehen, ob sie jemals Arbeit bekommen. Obwohl nun die Gemeinden den größten Schaden dadurch erleiden, findet sich keine Möglichkeit, diese Zustände zu ändern. Vielen wäre geholfen, wenn man die Möglichkeit hätte, auch für die Hausindustrie eine geregelte Arbeitszeit zu schaffen. Man läßt aber den Karren laufen, ganz gleich, wer dabei zugrunde geht. Es ist schon kein gutes Zeichen, wenn die Hausarbeiter zu den Verlegern geladen werden. Das bedingt meistens Umgehung der tariflichen Bezahlung.

Obwohl nun ein Tarifvertrag besteht und die Verleger ihre Unterschrift dazu gegeben haben, erinnert man sich nicht im geringsten der Vertragsstreue. Wo bleibt die vielgepriesene deutsche Aufrichtigkeit, der Gerechtigkeitssinn und die Vertragsstreue?

Viel Uebel könnte beseitigt werden, wenn Arbeits-, Gewerbeaufsichts- und Versicherungsmittel Kontrollen durchführten. Die jetzige Gleichgültigkeit wird zum Ruin der Industrie führen. Schuld daran tragen die profligatigen Verleger. Schuld tragen sie, daß weder ein Tarifvertrag noch eine arbeitsrechtliche Bestimmung eingehalten werden kann. Den Großarbeitern im Osten bewilligt man Millionen, während man im ganzen Deutschland nicht das geringste tut, um der sich in bitterster Not befindenden Bevölkerung zu helfen. Man läßt Industrien zugrunde gehen, ohne andere Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Es ist eine Schmach und Schande, daß man sich niemals ernstlich mit den Verhältnissen der Hausindustrie befaßt.

### Einheitslohnstarif in der Farbenglasindustrie.

Nach vier Verhandlungen und einer Schlichtungsbehandlung ist am 30. Mai den Parteien durch Schiedspruch ein Einheitslohnstarif vorgelegt worden.

Die Verhandlungen der Glasindustrie sind immer durch die Vielseitigkeit in der Produktion der verschiedenen Arbeitsweisen und den gegenseitig bestehenden Anfassungen zur Tarifbildung kompliziert und schwer. Besonders groß sind die Gegenstände, wenn es sich darum handelt, einen einheitlichen Tarif zustande zu bringen. Die örtlichen Zerplitterungen in den Lohnstarifen und die besonderen betrieblichen Verhältnisse oder auch Verschlechterungen gegenüber anderen Kontarntreibenden bilden bei Verhandlungen zur Schaffung von Einheitsstarifen schier unüberwindliche Hindernisse. Jede Partei ist bestrebt, den einheitlichen Stand zu erreichen, unter möglichster Berücksichtigung des bisher Bestehenden.

So war auch diesmal der Kampf um den einheitlichen Lohnstarif in der deutschen Farbenglasindustrie. Die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer mußte erklären, daß sie unbedingt zum einheitlichen Tarif kommen wolle, und zwar, weil dadurch bestimmt eine Förderung der Industrie und die Grundlage für gesunde Arbeitsbedingungen der Arbeiter gegeben ist. Der einheitliche Tarif kann aber nur unter den Gesichtswinkeln festgelegt werden, daß man Bestehendes dabei achtet und eventuell Abänderungen vornimmt im Sinne des Ausgleichsprinzips.

Arbeitgeberseite glaubt man, das Ziel leichter und schneller lösen zu können, indem kurzerhand Lohnverschlechterungen angedroht werden. Man glaubt, bei genügendem Entgegenkommen

der Gegenpartei sei so der einheitliche Tarif auf schnellstem Wege zum Vorteil der Industrie, aber zum Nachteil der Arbeiter zu schaffen. So gehen heute Tarifbildungen nicht mehr. Die Gewerkschaften regeln und beschließen mit, und müssen von vornherein verlangen, daß bei Schaffung von einheitlichen Tarifen den Forderungen der Arbeitnehmer die Priorität gegeben wird, da hier der wirtschaftlich Schwächere um seine Existenz kämpft.

Wird die Frage aufgeworfen, ob die vier Verhandlungen mit der Schlichtung und das vorgelegte Ergebnis Befriedigung bringen kann, so müssen die Arbeiter dies verneinen. Der einheitliche Lohnstarif wird ohne Zweifel begrüßt, da nun endlich die Gewähr geboten ist, daß das fortgesetzte gegenseitige Ausspielen unterbleibt und ist auch anzunehmen, daß durch eventuell zu beantragende Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages für die deutsche Farbenglasindustrie in der Folgezeit Außenseiterbetriebe gezwungen werden, diesen Lohnvertrag anzuerkennen. Konkurrenz- und Preisstürme, soweit sie volkswirtschaftlich nicht zu verantworten sind, und auf dem Rücken der Arbeiter ausgegossen wurden, werden hoffentlich auch durch die Schaffung des einheitlichen Lohnstarifes in Zukunft unterbleiben.

Wenn die Gewerkschaften und die Tarifkommission sowie die Arbeitnehmer dem Vergleichsvorschlag der Schlichtungskammer die Zustimmung geben, so aus wirtschafts- und tarifpolitischen Erwägungen, und in der Erwartung, daß bei besseren weltwirtschaftlichen Verhältnissen der einheitliche Lohnstarif in der deutschen Farbenglasindustrie als Grundlage für gemeinsamen Tarifaufbau unter Berücksichtigung der Arbeitsleistungen erfolgen kann.



### Was lehrt uns die Arbeitslosigkeitsstatistik.

In unserem Verband wird seit jeder schon eine Statistik über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit geführt, die auch nach den einzelnen Berufsgruppen aufgeteilt ist. Berichtet man untere Zahlen näher, dann kann man aus ihnen eine Anzahl Schlüsse ziehen, welche die Behauptung der Arbeitgeber, daß die feineramische Industrie mehr als andere Industrien unter Arbeitsmangel und Arbeitslosigkeit zu leiden habe, in ein anderes Licht rücken. Anschließend wollen wir einmal die Statistik reden lassen:

Jahr	Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos		haben kurz gearbeitet	
	insge.	insge.	insge.	insge.
1926 Jahresdurchschnitt	13,2%		22,9%	
1927 Jahresdurchschnitt	5,1%		5,3%	
1928 Jahresdurchschnitt	6,6%		6,4%	
1929 Jahresdurchschnitt	11,4%		12,6%	

Jahr	Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos		haben kurz gearbeitet	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
in Prozenten				
1929 Januar	12,1	9,6	11,3	9,7
Februar	13	9,7	11,7	10,4
März	13,6	10,9	12,8	11,5
April	12,1	9,4	11,3	10,1
Mai	11,7	8,1	10,6	9,7
Juni	10,5	9,2	10	10,7
Juli	9,3	8,1	8,9	10,5
August	11,8	10,2	11,2	12,8
September	10,7	9,8	10,3	10,5
Oktober	10,8	9,8	10,4	10,5
November	10,7	8,5	9,8	9,9
Dezember	16,1	11,7	14,1	9,6
1930 Januar	16,2	13,1	15	16,4
Februar	16,1	12,9	15	17,8
März	15,7	12,7	14,5	17,3
April	14,8	11,3	13,1	15,9

Die Arbeitslosigkeit in der feineramischen Industrie ist nicht so sehr eine Folge der mangelnden Absatzmöglichkeiten wie der im Laufe der letzten Jahre in vielen Betrieben durchgeführte Rationalisierung. Ein besonders wichtiges Jahr für die feineramische Industrie ist das Jahr 1926 gewesen. Ein Vergleich der statistischen Zahlen dieses Jahres mit dem Jahre 1929 beweist, daß im Jahre 1929 die Betriebe viel besser beschäftigt waren als 1926, obwohl 1929 die Auswirkungen des Reichskriegens am stärksten für die feineramische Industrie gnädiger waren als 1926. Besonders die Kurzarbeit, die 1929 annähernd nur 30 Proz. niedriger war als 1926, läßt den Schluss zu, daß 1929 die Betriebe besser beschäftigt waren.

Wir hatten schon oben bemerkt, daß die Zahlen über Arbeitslosigkeit bei der Beurteilung der Beschäftigungsmöglichkeit an sich nur relative Bedeutung haben. In diesen Zahlen kommt vielmehr die Rationalisierung zum Ausdruck als die mangelnde Beschäftigungsmöglichkeit. Das beweist auch ein Vergleich der organisierten Porzellanarbeiter mit der Arbeitslosenzahl. Die Prozentzahl der Arbeitslosen in unserer Industrie ist im Januar 1930 am höchsten gewesen. Dieser Stand ist auch im Februar geblieben, um dann einen langsamen Rückgang zu zeigen. Der Rückgang ist aber nicht auf Konto der Tatsache zu buchen, daß die Arbeitslosen in der feineramischen Industrie Beschäftigung gefunden haben, sondern darauf, daß sie überhaupt aus gegenwärtiger oder zukünftiger Beschäftigungsmöglichkeit in der feineramischen Industrie ausgeschlossen worden sind. Sie haben in anderen Industrien Beschäftigung gesucht und scheiden darum aus unserer Statistik aus. Das ist das letztere richtig ist, ergibt sich daraus, daß fast nur den gleichen Prozentsatz wie die Arbeitslosen auch die Zahl der organisierten Mitglieder des Arbeitgeberverbandes, soweit sie in der feineramischen Industrie beschäftigt sind, zurückgegangen ist.

Wird nun die Frage auf: Wie ist die relativ hohe Zahl von Kurzarbeitern, die hier gegenüber den anderen Betrieben haben, herabzurufen, mit anderen Worten, was ist zu tun, um eine größere Zahl arbeitsloser Kollegen wieder in den Produktionsprozess einzugliedern? Dazu besteht unseres Erachtens nur eine Möglichkeit, nämlich die Herabsetzung der gegenwärtigen Arbeitszeit. Das ist aber nicht nur ein Problem der feineramischen Industrie, sondern aller Industriezweige.

Ohne Zweifel ist durch die Rationalisierung die Produktionskapazität der Betriebe erhöht worden. Es ist also die Möglichkeit gegeben worden, mit weniger Arbeitskräften als bisher eine größere Produktionsmenge auf den Markt zu bringen. Wenn die Industrie rentabel wirtschaften will, muß sie ihre Betriebe reiflos ausbauen können. Das kann sie aber nur dann, wenn sie für die erhöhte Produktionsmenge auch Absatz findet. Diesen Absatz wiederum kann sie nur dann finden, wenn die breite Masse der Bevölkerung konsumtätiger, aufnahmefähiger für die angebotenen Waren wird. Der Bedarf ist bestimmt vorhanden, leider fehlt es den Konsumenten an den notwendigen Mitteln, den Bedarf zu decken.

Anstatt aber nun eine Verbreiterung der Kaufkraftsmöglichkeit herbeizuführen, sind die Unternehmer drauf und dran, durch Druck auf die Löhne die Konsumtionskraft zu schwächen.

Das geschieht in unserer Industrie zwar nicht durch Forderung auf Lohnabbau bei den Verhandlungen, aus dem einfachen Grunde, weil gegenwärtig der Lohnstarif noch läuft, aber fast in allen Zweigen unserer Industrie versucht man diesen Zweck durch Abbau der sogenannten übertariflichen Löhne zu erzielen. Die

Unternehmer haben freilich schon immer nach dieser Richtung gearbeitet, aber noch nie sind diese Versuche so allgemein und energig vorgenommen worden, als wie im letzten Jahre bis zur Gegenwart. Dazu ist jedes Mittel recht. Der Arbeitgeber versucht es unter Hinweis darauf, daß er einen Auftrag nur dann bekommen kann, wenn er ihn um foudsoviel billiger herstellen kann. Der andere ändert etwas an Form und Dekor, so daß ein neuer Artikel entsteht, und weigert sich hartnäckig, den nach den bisherigen Grundfähen festzusetzenden Preis zu zahlen. Wieder andere Unternehmer suchen ihr Ziel zu erreichen durch Androhung oder Durchführung einer Stilllegung.

Es mehren sich die Fälle, daß bei Wiederaufnahme des Betriebes nach Stilllegungen für die gleiche Arbeit den Akkordarbeitern niedrigere Stückpreise angeboten werden, und Zeittlöhnen, die bisher Mehrlohn besaßen, nur der Tariflohn angeboten wird. Gibt es ein beschlehteres Mittel als dieses, den kranken Mann wieder auf die Beine zu stellen?

Da diese Maßnahmen der Unternehmer nicht auf die feramische Industrie beschränkt sind, sondern sich über alle Industrien erstrecken, werden sie gerade das Gegenteil von dem herbeiführen, was die Unternehmer wollen. Am allerstärksten werden die Auswirkungen die Fertigwarenindustrien, die sich mit ihren Erzeugnissen an die breiten Käuferkreise wenden, spüren müssen. Man könnte solchen Experimenten ruhig zusehen, wenn nicht letzten Endes der Arbeitnehmer der Leidtragende wäre.

Das ist nicht das richtige Mittel, die Wirtschaft zu heben. Wir sehen es in der Verkürzung der Arbeitszeit, zunächst bei gleichbleibendem Lohn, der aber dann mit der steigenden Produktivität der Betriebe gleichfalls eine zeitgemäße Erhöhung erfahren muß. Je mehr es gelingt, durch Verkürzung der Arbeitszeit Arbeitnehmern in die Betriebe hineinzuweisen, ihnen Lohn aufstatt Arbeitslosen- oder Kranksunterstützung zu verschaffen, um so mehr wird die Kaufkraft steigen und der Bedarf wachsen. Das ist freilich nicht die Gedankenlage des modernen Kapitalismus, der nach dem Grundsatz arbeitet: hohe Preise — niedrige Löhne. Man darf aber vom Unternehmertum nicht erwarten, daß es sich freiwillig zu diesem Grundsatz bekennt. Das Unternehmertum wird immer nur unter dem Druck der organisierten Arbeiterschaft, Schritt für Schritt zurückgedrängt, gewungenermaßen Entgegenkommen zeigen. Wir müssen uns daher bemühen, so stark zu werden, daß wir in diesen Fragen viel mehr mitreden können als bislang.

Die gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland können sich helfen lassen. Trotzdem aber läßt sich die Tatsache nicht leugnen, daß ein Prozentsatz Arbeitnehmer den Weg zur Organisation immer noch nicht gefunden hat. Das ist auch in unserer Industrie der Fall. Auch bei uns gibt es noch Kolleginnen und Kollegen, die sich der Organisation mit der Ausrede entziehen, ich bekomme auch so meinen Tariflohn, meinen Urlaub und meine anderen, durch den Tarif vorgesehenen Rechte. Das ist wohl bis zu einem gewissen Grade richtig, nämlich dort, wo die Mehrzahl

# Staublungung und ihre Entschädigung.

Uns wird geschrieben:  
Als die Verordnung über die Entschädigung der Staublungung in Kraft trat, begte man Hoffnungen, die leider nicht alle in Erfüllung gegangen sind. Die Bestimmungen, die herausgekommen sind, haben bei den Arbeitern große Verwirrung hervorgerufen. Wenn man die Dinge bei Licht besehen, dann erregt es schon Kopfschütteln, daß Leute, die 30 bis 40 Jahre in der Porzellanindustrie gearbeitet haben, aber das Unglück hatten, nach 1919 nicht mehr im Betrieb zu sein, keine Unfallrente erhalten können. Dabei steht doch fest, daß eine Staublungung nicht wieder weggewischt werden kann. Die Verträge sind sich auch darüber klar, vor allen Dingen die, die täglich infolge Untersuchungen mit unseren Staublungungskranken Kollegen und Kolleginnen Umgang haben. Aber meistens sind es Ärzte, die die Gehebe nicht mitgemacht haben, die noch niemals eine richtige Staublungung betrachtet konnten, sondern die sich lediglich auf die einzelnen Gutachten und Meinungen anderer Leute stützen.

Eine weitere Enttäuschung ist auch die, daß man erst Staublungung 3. Grades haben muß. Das erinnert einen an die mittelalterlichen Folterqualen, als es noch eine Tortur 1., 2. und 3. Grades gab. Wenn es Unfallrente gibt, so sollte nach den fehlenden Prozentsätzen der Erwerbsfähigkeit bezahlt werden. Bei den Berufskrankheiten, die unfallentschädigungspflichtig sind, wie die Staublungung, ist es wenigstens so. Wenn also ein Kranter resp. Staublungter 30 bis 40 Prozent arbeitsunfähig ist, so erhält er noch lange keine Unfallrente, denn es kommt ja für ihn noch keine Staublungung 3. Grades in Frage. Entgegen den sonstigen Bestimmungen der Unfallversicherung, wonach, wie schon erwähnt, die Unfallrente prozentual gewährt wird, können die Ärzte noch nicht einmal den Antragsteller rentenbedürftig schreiben, wenn er nicht mindestens über 50 Prozent erwerbsunfähig ist. Hier sollte einmal Klarheit geschaffen werden. Entweder die Krankheit ist Unfall, dann muß auch jede Erwerbsminderung entschädigt werden, oder sie ist es nicht. Wie es heute ist, ist es ungerecht. Bei den Ärzten würde viel mehr Klarheit darüber herrschen und es würden auch manche Anträge nicht gestellt werden, die man heute bei den unklaren Bestimmungen tätigt.

## Röppelsdorf.

Unsere rechts eingestellten Blätter schreiben immer davon, daß nunmehr wieder deutsche Ehrlichkeit in den reaktionär verwalteten Ländern eingezogen sei, vor allen Dingen in Thüringen, dem doch das gute Heil widerfahren ist. Wenn es schon so sein soll, dann muß man in erster Linie verlangen, daß Leute von Weisheit und Bildung mindestens ihr einmal gegebenes Wort auch halten. Das ist jedoch nicht überall der Fall, auch nicht in Röppelsdorf, in dessen Fluren die Porzellanfabrik Julius Hering & Sohn steht, deren Inhaber, Herr Fritz Hering, immer sehr groß im Versprechen, aber leider sehr klein im Halten ist. Der Chef der Firma erklärte dem Betriebsrat gegenüber ausdrücklich, daß alle Leute, die angeblich wegen Arbeitsmangel gekündigt wurden, wieder eingestellt werden sollen und daß an deren Klagen, solange sie außerhalb des Betriebes sind, keine anderen Arbeitskräfte kommen. Hering hat dies dem Betriebsrat zweimal versichert, aber dies Unternehmerwort und die Tat scheinen weit auseinander zu liegen. Ein gekündigter Kollege war kaum einen Tag aus dem Betrieb entfernt, als ein jüngerer Kollege an seinen Platz gesetzt wurde. Daraus kann die Arbeiterchaft ersehen, daß sie sich vorziehen soll. Bei ähnlichen Fällen tut sie gut, ihre gesetzlichen Rechte in Anspruch zu nehmen und nicht die Fritten vertreiben läßt, daß sie in ihrer Gutmütigkeit glaubt, daß ihr Chef Versprochenes halten werde.

## Rönigszell.

Die Mälerkollegen Artur Kiesewalter und Josef Merkel blühten im Mai auf eine vierzigjährige Tätigkeit als Maler in der Porzellanfabrik in Rönigszell zurück.

Der Arbeitnehmer des Betriebes im Verband ist und dafür sorgt, daß der Tarifvertrag zur Durchführung gelangt. Ganz anders sieht es schon dort aus, wo niemand über nur wenige organisiert sind; dort macht der Unternehmer, was er will und preist auf den Tarifvertrag, trotzdem dieser allgemeiner verbindlich erklärt ist. Aber nicht nur ihrer tariflichen Rechte gehen solche unorganisierten Kollegen verlustig, sie bilden die Schutzgarde des Unternehmers gegen die Forderungen der Arbeiter nach größerer Beeinflussung der wirtschaftlichen Dinge durch die Arbeiterchaft. Diese kurzschichtigen unorganisierten Arbeiter sind der Demutshub im Kampf der Arbeiterklasse um mehr Einfluß auf die Wirtschaft. Sie bedenken nicht, daß die gewerkschaftlichen Organisationen in der gegenwärtigen Zeit ihren Einfluß nicht nur in der Richtung, Herbeiführung der Tarifverträge und Sicherung der gesetzlichen Rechte der Arbeiterschaft auszuüben haben, sondern daß ihnen in der Demokratie weit höhere und wichtigere Aufgaben gestellt sind.

Den Unorganisierten in den Betrieben muß tagtäglich vor Augen geführt werden, daß die kapitalistische Profitwirtschaft

nur dann abgelöst werden kann, wenn alle Arbeitnehmer durch ihren Zusammenschluß in der gewerkschaftlichen Organisation diese so stärken, daß sie ihre Aufgaben nach dieser Richtung erfüllen kann.

An unsere Kolleginnen und Kollegen ergeht daher der Ruf, gerade die gegenwärtige Situation, die von den Unternehmern dazu benutzt wird, mit wirtschaftlichen und staatlichen Mitteln eine Senkung der Löhne herbeizuführen und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, auszuwerten und die Unorganisierten aufzuklären und für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen. Mehr als je ist jetzt keine Zeit, zu resignieren und den Kopf hängen zu lassen. Die Organisationen der Arbeiterschaft kämpfen nicht nur für die Gegenwart, sondern für die Zukunft, für die Hebung der Arbeiterklasse, gegen den wirtschaftlichen Druck, für die Wirtschaftsdemokratie, d. h. für ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft bei der Gestaltung der Wirtschaft. Darum, Kollegen, unverdrossen und energisch an die Arbeit. Herein mit den Unorganisierten in den Verband, damit dieser seine Aufgabe im Interesse der Kollegen erfüllen kann!

# Kleinliche Maßnahmen zur Wirtschaftsrettung.

Die wirtschaftliche Depression in Deutschland geht durch die meisten Industriezweige. Mangelnde Aufträge verursachen umfangreiche Entlassungen wertvoller Arbeitskräfte. Für manchen Schachtmacher im Unternehmerlager bedeutet die traurige Lage am Arbeitsmarkt ein sehr gefundenes Mittel, um seinen Herr-im-Haus-Standpunkt leichter durchsetzen zu können. Die Arbeiter werden angetrieben unter höchster Ausnutzung der Arbeitskraft. Die dadurch gewonnene Steigerung der Arbeitsleistung wird in den meisten Fällen mit einer Reduzierung des Arbeitslohnes beantwortet.

Auch in der Porzellanindustrie zeigen sich diese Erscheinungen im großen Umfang. Die Leistungsfähigkeit der Arbeiterchaft in der Porzellanindustrie dürfte ihren Höhepunkt erreicht haben. In allen Betrieben dieser Industrie herrscht ein ungeheures Jagen, und alles drängt, um das Notwendigste zum Lebensunterhalt zu verdienen. Unter den größten Anstrengungen und Gefahren für die Gesundheit des Arbeiters wurde das derzeitige Leistungsniveau erreicht. Aber wie alles seine Grenzen hat, so findet auch hier die Steigerung der Produktion ihr Ziel, und jedes Antreiben seitens der Vorgesetzten und Beamten ist zwecklos.

Doppelt groß sind die Aufgaben, die unter solchen Verhältnissen den Gewerkschaften und ihren Funktionären erwachsen. Diese trüben Zeiten zu mildern und für die Opfer der kapitalistischen Produktionsweise soweit als möglich einzutreten, gilt als unsere vornehmste Pflicht. Dieser edle Wettstreit ist gar manchem „Arbeiterfreund“ aus dem Unternehmerlager ein Dorn im Auge.

Da haben wir beispielsweise die Weltruf besitzende Porzellanfabrik Weiden, Gebr. Bauscher, A. G. Diese Firma beschäftigte im Gründungsjahr 1881 70 Arbeiter; bei Ausbruch des Krieges stieg die Arbeiterzahl auf 900; im Jahre 1928 musterte diese Firma bereits 1400 Arbeitnehmer. Die gleiche Entwicklung weist der Flächeninhalt ihrer Arbeitsräume auf, die bei der Gründung 2000 qm und im Jahre 1928 eine Fläche von 45 000 qm umfaßten. Der jährliche Verbrauch an Kohle beziffert sich zu rund 25 000 Tonnen; an Kaolin, Quarz, Feldspat und Ton ist ein Bedarf von 12 000 Tonnen erforderlich. Mit ihren hochwertigen Fabrikationsprodukten ist die Firma eingedrungen in sämtliche Absatzgebiete des In- und Auslandes. Ihr Spezialfabrikat „Hotel“, sowie „Lüjfer“-Koch- und Badgeschirr, kann von keinem Erzeugnis gleicher Art an Güte übertroffen werden. Im Jahre 1911 wurde die Firma Bauscher in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, die sich vor einigen Jahren dem Konzern der Vereinigten Bayerischen Qualitätsporzellanfabriken Lorenz-Suttenreuther anschloß.

Um dem wirtschaftlichen Aufstieg dieser Firma ist zum großen Teil ein bestqualifizierter Facharbeiterstamm mit hohem Pflichtgefühl beteiligt. Es sollte selbstverständlich sein, daß dem Faktor Arbeit auch die gebührende Wertung von der Direktion zuteil

wird. Bedauerlicherweise wird von jener Seite diese Linie nicht beachtet. Kleinliche Gesichtspunkte werden bei der Behandlung sozialer Betriebsfragen in den Vordergrund geschoben. Herr Direktor Lang als technischer Leiter des Betriebes kennt offenbar kein anderes Bestreben als die Verbilligung der Produktionskosten auf Kosten der Arbeiterschaft. In seinem Ueberreifer übersieht er völlig die Ueberbevölkerung seines Beamtenapparates, der nachgerade die größten Anforderungen an die Finanzkraft der Firma stellen muß. Diesen betriebswirtschaftlichen Leerlauf etwas zurückzuführen, wäre an der Zeit. Statt dieser Frage nachzugehen, findet Direktor Lang es als praktischer, an den tarifrechtlichen Ertragsmängeln der Arbeiterschaft das „Sparen“ zu beginnen.

Langwierige Rechtsstreitfragen vor dem Gau- und Oberlandesamt sind die Folgen seiner Politik. Ein vor kurzem zu seinen Ungunsten ausgetragener Rechtsstreit brachte den guten Mann völlig aus dem Häuschen. Er genierte sich nicht, einen vollen Tag aufzuwenden, um sich von jedem einzelnen Klageintervenienten die Unterschrift zu erbetteln, damit er von der Nachzahlung verschont bleibe. Wie mochte ihm gewesen sein, als er dennoch die widerrechtlichen Vordrucke herausgeben mußte. Besonders interessant sind aber seine Auslassungen über politische Vorkommnisse; da nach seiner Erklärung heute jeder Pfaffenflicker Minister werden kann, und der Minister Dr. Birth der größte Trottel in der Regierung ist, möchten wir nicht unterlassen, ihm auf diesem Wege den Rat zu geben, die Finger von dem zu lassen, von dem er wirklich nicht das geringste versteht, sonst müßte einmal anderweitig mit ihm gesprochen werden. Wir wollen nicht annehmen, daß der Drang, Minister zu werden, ihn zu solchen albernem Nebenarten veranlaßt. Wenn er aber, entgegen unserer Erwartung, plötzlich eine politische Ader entdeckt und Neugierig, sich in der Politik zu betätigen, so mag er das tun.

Eines noch. Was ist das für ein kläglich Standpunkt einer Werkfirma, wenn sie bei dem zur Zeit bestehenden slauen Geschäftsgang mit allen möglichen Schikanen gegen ihre Arbeiterschaft vorzugehen versucht und Entlassungsmaßnahmen mit den geringfügigsten Gründen flüßt? Die Arbeiterschaft wird auch diese ungünstigen Periode überstehen und die Handlungsweise der Firma nicht so schnell vergessen.

Auch der Arbeiterschaft muß gesagt werden, daß unsere Selbsthilfe das Wichtigste ist. Die Massen restlos gewerkschaftlich zu organisieren, wirtschaftlich denken zu lernen, und sie befähigt zu machen, auf allen Gebieten gewerkschaftlicher Kampfsarbeit erfolgreich zu wirken, zu diesem Ziel führt unser Weg. So schwer auch die Arbeit nach der Art zu scheinen mag, aber der Kampf um ihre Erfüllung ist ein großer notwendiger Kampf, um aus dem kapitalistischen Labyrinth eine bessere und gerechtere Welt zu gestalten.



# Unternehmer wollen abbauen.

In den grobkernischen Industriezweigen sind es hauptsächlich die Unternehmer der Ziegelindustrie, welche jedes Jahr in den allgemeinen Chorus der Unternehmer für Abbau der Löhne, Abbau der anderen materiellen Leistungen der Tarifverträge, sowie überhaupt Veseitigung jedes Zwanges auf tarifpolitischem Gebiet einstimmen. Sobald der Ablauf der Tarifverträge in die Nähe gerückt ist, stimmen sie in ihren Fachzeitschriften große Klagelieder an, daß die hohen Löhne und sonstigen sozialen Lasten schon an dem Niedergang der Wirtschaft seien. Soll die Wirtschaft wieder lebensfähig gestaltet werden, so müsse abgebaut werden. Ist nun eine gute Baukonjunktur, so ist dieses Geschrei auf Abbau eben meist nur Geschrei. Man glaubt dadurch wenigstens eine Höherentwicklung der Löhne abwehren zu können. Ist die Baukonjunktur schlecht, wie gerade in diesem Jahre, so versuchen die Unternehmer ernsthaft, ihrem Geschrei auf Abbau auch die Tat folgen zu lassen. So ist gerade in diesem Jahre die Tatsache zu verzeichnen, daß in der Ziegelindustrie eine große Anzahl von größeren Bezirks- und Ortsverträgen von den Unternehmern gekündigt und ein Abbau der Stundenlöhne von 10 bis 50 Proz. gefordert wurde. Letzterer Abbau ist von den Ziegeleibesitzern Stettins und Umgebung in einer Eingabe an den Schlichtungsausschuß gefordert worden. Bei den Arbeitslöhnen fordert man fast durchweg 20 bis 30prozentigen Abbau.

Die zweifellos wenig rosige Lage der baustoffherzeugenden Industrien, welche ja von der Baukonjunktur abhängen, wird von den Unternehmern allein auf den hohen Stand der Löhne zurückgeführt. Es ist ja auch am bequemsten, wenn man sich nicht groß anstrengen braucht beim Nachdenken über die wahren Ursachen, da ist ja die Arbeiterschaft da, welcher man die Schuld an allem Ungemach aufbürden kann.

Neben der Arbeiterschaft macht man auch die „Zwangswirtschaft“ im Wohnungsbau, die öffentliche Hand und die gemeinnützigen Körperschaften für den schlechten Stand der Wirtschaft verantwortlich. Man fordert dann Freiheit für die Privatwirtschaft, Stärkung der individuellen Wirtschaftsführung und sonstige schöne Dinge mehr.

Daß man oft selbst nicht an die mit diesem Kraftaufwand hinausposaunten Phrasen von freier Wirtschaft usw. glaubt, kann man vielfach aus Äußerungen von Fachleuten in der Fachpresse der Unternehmer lesen. So wurde vor einiger Zeit in der Zeitschrift „Ziegel und Zement“ von einem Fachmann in einem Artikel über Verkaufsvereinbarungen folgender Satz geschrieben:

„Für den qualitativen Fortschritt in der Ziegelindustrie bietet die freie Wirtschaft die ungeeignestte Grundlage.“

Natürlich will auch dieser Fachmann keine Zwangswirtschaft, sondern tritt ebenfalls gegen Bevormundung durch Behörden usw. auf. Aber individuelle Wirtschaft, Freiheit für den einzelnen Unternehmer, damit jeder tun und lassen kann, was er will, o nein. Das wäre vollständig verkehrt. Am liebsten wü-

den unsere maßgebenden Wirtschaftsführer jeden Unternehmer zwingen, sich den unter ihrer Leitung stehenden Kartellen und Syndikaten anzuschließen. Freiheit, ja wohl, aber nur für die Kartelle und Syndikate, damit diese den Verbrauchern diktieren könnten, wie es ja heute schon die Kartelle und Syndikate der großen Industriezweige tun.

Wie sich sonst unsere, sich große Wirtschaftsführer dünkenden Unternehmer die Hebung und Bewahrung der deutschen Wirtschaft vorstellen, kann man aus einem Vortrag des ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Herrn Frowein, den er auf der Werkbesitzer-Versammlung des Deutschen Zementbundes am 27. Februar d. J. in Berlin gehalten hat, entnehmen. Herr Frowein hat da über „Gedanken über die Zukunft der deutschen Wirtschaft“ referiert.

Nachdem er über Kriegsjahresleistungen, Reparationsleistungen, Tatkräftigkeit des deutschen Unternehmers, auch über Arbeitskraft und Intelligenz des deutschen Arbeiters gesprochen hatte, forderte er eine Stärkung der individualistischen Wirtschaftsführung. Diese Forderung mußt in einer Versammlung von Industriellen, welche gerade seit Jahren bestrebt sind, die individualistische Wirtschaftsführung zu befestigen und an deren Stelle die Herrschaft der Kartelle und Syndikate zu setzen, recht eigenartig an. Man soll nicht geleiten, daß etwa Konzerngrößen gegen diesen Ausspruch Froweins opponiert hätten. Frowein forderte weiter Veseitigung der verhängnisvollen Anlässe zu einer Wirtschaftsdemokratie sowie Rückdrängung der öffentlichen Hand auf die für ihre Arbeit geeigneten Gebiete. Daß solche Ausführungen bei einem Vertreter des Privatkapitalismus selbstverständlich sind, braucht nicht extra betont zu werden. Es wäre ja auch vollständig außerhalb jeder Vorstellung, wenn Vertreter des Privatkapitalismus für Uebernahme von Wirtschaftszweigen durch die öffentliche Hand wären.

Wie sich nun Frowein die Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft weiter denkt, ist ebenfalls bezeichnend für die Denkweise deutscher Wirtschaftsführer. Das Ziel sieht er in einer planmäßigen Ausfuhrförderung. Das wäre ja nun nicht gerade bemerkenswert und auch verständlich. Aber wie er sich nun die günstige Entwicklung Deutschlands weiter denkt, zeigt so recht, welche besonderen Gedanken in den Köpfen unserer Wirtschaftsführer schwirren.

Wir wollen aber lieber die Sätze, die anscheinend Frowein am Schluß seines Vortrages zum besten gegeben hat, wörtlich wiedergeben. Er hat da nach den Zeitungsberichten, die über die stattgefundenen Tagung berichten, folgendes gesagt:

„Die günstige Entwicklung Deutschlands beruhe eben auf folgenden Voraussetzungen:

1. Kräftigung des Inlandsmarktes, 2. Steigerung der Exportmöglichkeiten durch Hebung der Lebenshaltung der asiatischen und afrikanischen Be-

völkerung, 3. Befreiung der Produktion von den Schladen einer staatlichen Zwangswirtschaft.“

Wir haben die schönsten Stellen der Ausführungen Froweins gesperrt, weil sie uns allzu schön vorliefen. Daß der Inlandsmarkt gehoben werden müßte, halten auch wir für selbstverständlich. Auf den Gedanken, daß dies nur durch Erhöhung der Kaufkraft der inländischen Bevölkerung, vor allen Dingen der deutschen Arbeiterschaft, geschehen könnte, scheint Frowein bei seinen Ausführungen nicht gekommen zu sein. Dafür will er aber die Lebenshaltung der asiatischen und afrikanischen Bevölkerung haben. Wahrscheinlich hat er aber dabei nur an die Kapitalisten, welche die asiatische und afrikanische Arbeiterschaft ausbeuten, gedacht.

Ueber den 3. Punkt weiter zu reden, halten wir für überflüssig, vollends, wenn man über den Umfang der staatlichen Zwangswirtschaft im Bilde ist. Man könnte da eher von einer Zwangswirtschaft des Kapitalismus über den Staat sprechen. Es könnten noch viele Äußerungen von schönen kapitalistischen Seelen aus den verschiedenen Unternehmer-Fachzeitschriften angeführt werden, die zeigen, welche „erhabenen“ Gedanken in den Köpfen der deutschen „Wirtschaftsführer“ herum-schwirren, doch soll es damit vorläufig genug sein.

Wir wollen nun einmal die schlechte Wirtschaftslage in den Industrien der Steine und Erden etwas näher beleuchten, und zwar an Hand der Geschäftsberichte für Aktiengesellschaften für das Jahr 1929. Dieses Jahr wird wieder einmal von den Unternehmern der Industrien Steine und Erden als ein schwarzes bezeichnet. Es soll dabei nicht verkannt werden, daß es kein besonders günstiges Jahr für die meisten Industriezweige der Industrien Steine und Erden gewesen ist. Die Aktionäre können aber mit den erzielten Ergebnissen noch zufrieden sein. Zuerst die Geschäftsberichte der Ziegelindustrie.

Neben zum Teil sehr reichlichen Abschreibungen und Sonderrückstellungen, sowie den üblichen Gratifikationen an Vorstände und Aufsichtsräte, verteilen für das Geschäftsjahr 1929 folgende Gesellschaften an Dividenden:

Ziegelwerke Ludwigsburg A. G.	15 Proz.
Rheidener Ziegelwerke A. G.	13 „
Döbraburger Ziegelwerke A. G.	8 „
Schermbacher Ton- und Salzzeigwerke A. G.	15 „
Waldenburger A. G. Winterwerke Grube Hse	10 „
Tonwarenfabrik Schwandorf	10 „
Tonwerke A. G. Wittenberg	8 „
Neunkirchen-Lugauer Ziegelwerke A. G.	6 „
Mt.-Pierelei in Ronreuth	6 „
Buca Klinkerwerke A. G., Buchwäldchen R. L.	8 „
Aktiengesellschaft München	4 1/2 „

Wenn von allen Gesellschaften die Geschäftsberichte veröffentlicht würden, vor allen Dingen aber richtig überprüflich, könnte man die Biste endlos verlängern. Es gibt allerdings auch

eine Reihe Aktien-Gesellschaften, die keine Dividende verteilen, nur der Reingewinn zu Abschreibungen oder zur Verbesserung der Betriebsrichtungen verwandt wurde. Ebenfalls gibt es Betriebe, die mit Verlust arbeiten, aber die gibt es ja in jeder Industrie.

Auch andere grobkeramische Gesellschaften haben im Jahre 1929 ganz gute Geschäfte gemacht. U. a. folgende:

Table with 2 columns: Company Name and Percentage. Includes Domänscher Tonwerke (18%), Vereinigte Großalmerder Tonwerke (6%), Rheinische Chamotte- u. Dinaswerke (8%), etc.

Auch hier könnte die Liste noch fortgesetzt werden. Wenn die Bilanzen immer einwandfreien Aufschluss über die Verteilung der Ueberschüsse geben würden, bekäme die Öffentlichkeit noch ein klareres Bild über die Rentabilität der Aktien-Gesellschaften in den Industrien Steine und Erden. Nebenfalls zeigen die Zahlen über die ausgeübten Gewinne, daß trotz des schwarzen Jahres 1929 die Aktionäre der Gesellschaften noch keineswegs Hunger zu leiden brauchen.

Aber am besten schneidet ja nun wieder die Zementindustrie ab. Wenn auch bei der Zementindustrie einige Dividendenherabsetzungen erfolgt sind, so nicht etwa deswegen, weil der Reingewinn zu knapp bemessen war, sondern weil man ihn meist zu erhöhten Abschreibungen und besonders zur Eigenkapitalbildung verwenden will. Sei es, daß man Neuanlagen in größerem Maßstabe vornehmen will, sei es bei den Gesellschaften, daß sie in andere Hände übergegangen oder mit anderen Gesellschaften Interessengemeinschaften eingegangen sind. Im letzteren Fall hat man die Abschreibungen ganz außerordentlich erhöht, um die in freundschaftlicher Weise verschluckten Werke in absehbarer Zeit stillzulegen. Trotz einiger Dividendenherabsetzungen ist aber das Gewinnbild der Zementindustrie für die Aktionäre noch ein recht freundliches.

Folgende Gesellschaften schütten für das Jahr 1929 Gewinne aus:

Table with 2 columns: Company Name and Percentage. Includes Affensche Portlandzementfabrik (14%), Breitenburger Portlandzementfabrik (12%), Germania Zementfabrik (14%), etc.

Angesichts dieser außerordentlich guten Gewinne in der Zementindustrie könnte der Laie auf den Gedanken kommen, daß

Mit der Norddeutschen Portlandzementfabrik A.-G. in Interessengemeinschaft.

die deutsche Zementindustrie, um den Inlandsmarkt zu heben, eine bedeutende Preisherabsetzung vorzunehmen und auch an ihre Arbeiterchaft, um deren Lebenshaltung zu heben, höhere Abzüge zahlen könnte. Warum in die Ferne nach Asien und Afrika schweifen, wenn das Gute so nahe liegt. Doch werden die Zementunternehmer weder das eine noch das andere tun, sondern allein nur auf ihren Profit bedacht sein. Solange wie sich die Verbraucher und die Arbeiterchaft, ohne zu mühen, mit der bisherigen Preis- und Lohnpolitik der Zementunternehmer zufrieden gibt. Aber nicht nur bei der Zementindustrie, sondern auch in anderen Industriezweigen der Steine und Erden, hauptsächlich bei den modern ausgebauten Werken kann man zu der Auffassung kommen, daß eine Verbilligung der hergestellten Produkte möglich sein müßte. Statt ständig nach Lohnabbau zu streben, sollten die Unternehmer lieber untersuchen, wie ein Preisabbau und damit eine Ankurbelung der deutschen Wirtschaft, hauptsächlich auch der baustoffherzeugenden Industrien herbeigeführt werden könnte. Bei diesem Problem versagen aber alle, sich selbst als die großen Wirtschaftsführer preisenden Unternehmer.

Wenn man den Verlauf der diesjährigen Lohn- und Tarifbewegungen überblickt, so kann man die Feststellung machen, daß die Unternehmer Konjunkturpolitik treiben. Das, was sie den Gewerkschaften immer vorwerfen, treiben sie heute in ausgebreitetem Maße. Durch das Darniederliegen der Konjunktur, welche hauptsächlich auch die Ziegelindustrie in starkem Maße beeinflusst, glauben die Unternehmer letzterer, die Zeit für sich gekommen, um einen Vorstoß auf die Lebenshaltung ihrer Arbeiterchaft unternehmen und vor allen Dingen die Gewerkschaften, hauptsächlich den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Peramischer Bund, bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuhalten zu können.

In Sachen waren alle Lohnsätze von den Unternehmern gekündigt. Die tariflichen Schiedsinstanzen unter Vorsitz eines Unparteiischen fällten Schiedssprüche, welche die gekündigten Lohnsätze auf ein Jahr unverändert verlängerten. Diese Schiedssprüche sind sämtlich von den Unternehmern abgelehnt. Die von der Organisation der Arbeiterchaft beantragte Verbindlichkeit ist vom Schlichter abgelehnt, so daß jetzt tarifloser Zustand in allen Bezirken der Ziegelindustrie Sachsens besteht. Sofort nach Ablauf der Tarife gingen die Unternehmer daran, den von ihnen geplanten Stunden- und Akkordlohnabbau in die Tat umzusetzen. Ganz einfach wurden niedrige Lohnsätze durch Anschlag diktiert und die Arbeiter zur Unterschreibung von Revidieren, nach denen sie sich mit den diktierten Löhnen zufrieden geben sollten, aufgefordert. Die Unternehmer glauben damit weitestgehende Wirtschaftspolitik zu treiben, bedenken aber nicht, daß ihre Maßnahmen nur Erbitterung auslösen können, die sich bei der nächsten Gelegenheit Luft machen wird.

Neu abgeschlossen sind die Lohnverträge in der Ziegelindustrie im Bezirk Hannover-Gilbeshcim-Danabrunn, Magdeburg, Grünberg, Sorau, Sondershausen, Freiwaldau, Rheinsfeld, Merckburg-Schwerin, Köthen, Bahren sowie für eine Anzahl Einzelwerke.

Ebenso sind eine Reihe Lohn- sowie Mantelverträge in den anderen Industriezweigen der Industrien Steine und Erden wieder neu bis zum Jahre 1931 abgeschlossen. Bei den meisten neu abgeschlossenen Verträgen ist es bei dem alten Zustand geblieben, d. h. die im Jahre 1929 festgelegten Abzüge sind auf ein weiteres Jahr verlängert. Nur in der Kalksteinindustrie Berlin-Niederlehme sowie Hamburg-Schleswig-Holstein sind Lohnherabsetzungen eingetreten. In letzterem Bezirk 3 W. in der Späke-Kast überoll hatten die Unternehmer Lohnabbau verlangt. Bisher ist es fast überall gelungen, bei den Neuabschlüssen von den Unternehmern beabsichtigten Lohnabbau abzuwehren. In einzelnen Bezirken hat sich die Arbeiterchaft zur Wehr gesetzt. Die Stettiner Ziegelerunternehmer hatten, wie schon oben mitgeteilt ist, 50 Proz. Lohn- und Akkordabbau verlangt und in ihrem Antrag an den Schlichtungsanschuß behauptet, daß seit 1924 keine nennenswerte Erhöhung der Lebenshaltungskosten eingetreten sei.

Die Arbeiterchaft der grobkeramischen und baustoffherzeugenden Industrien mögen aus dem Verhalten der Unternehmer bei den diesjährigen Lohnverhandlungen lernen und für Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisation des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Peramischer Bund, Sorge tragen. Nur wenn sich die Unternehmer einer einzigen geschlossenen Arbeiterchaft gegenübersehen, wird ihr Uebermut gedämpft, und werden ihre Abbaupläne abgewehrt werden können.

Drohender Konflikt.

In der Feuerfesten Industrie Sachsens hatte der Arbeiterverband der Feuerfesten Industrie Sachsens den bestehenden Bezirklohnvertrag zum 30. April 1930 mit der Absicht, einen Lohnabbau vorzunehmen, gekündigt. Angeblich sollten die so hohen Abzüge nicht mehr tragbar und an der schlechten Wirtschaftslage der Feuerfesten Industrie schuld sein. Dabei kann man durchaus nicht sagen, daß die Löhne der Feuerfesten Industrie im Vergleich zu Sachsen übermäßig hoch sind. Die Stundenlöhne betragen nach dem im vorigen Jahre abgeschlossenen Bezirklohnvertrag für

Table with 2 columns: Worker Category and Hourly Wage. Includes Hammer, Nachprüfer, Eisen- und Ausfahrer sowie Brenner pro Stunde (88 Pf.), für Kalkarbeiter über 20 Jahre pro Stunde (83 Pf.), etc.

Bei der Schwere der Arbeiten in der Feuerfesten Industrie ein nicht zu hoher Lohn, ja man kann zu der Auffassung kommen, daß er viel zu niedrig ist.

Dieser Meinung scheint auch das Tarifamt unter Vorsitz eines Unparteiischen gewesen zu sein, denn es fällt am 2. Mai dieses Jahres einen Schiedsspruch, welcher den am 12. April 1929 abgeschlossenen Lohnvertrag, der am 30. April 1930 abgelaufen war, ab 1. Mai 1930 bis 31. April 1931 wieder in Kraft setzte, also den Absichten der Unternehmer nicht Rechnung trug. Er gesteht der wenig ruhigen Lage der Industrie stellen die Arbeiter ihre Wünsche zurück und nahmen den Schiedsspruch an. Die Arbeitgeber schalten ab. Von Arbeitnehmerseite wurde Verbindlichkeit beantragt. Doch bevor überhaupt das Schlichteramt berufen war, diktierten die Arbeitgeber durch Anschlag in den Betrieben einen Lohnabbau von 3-13 Pf. pro Stunde.

Durch wirtschaftlichen Druck verurteilten die Arbeiter Arbeiter zur Unterschreibung unter Revidieren, nach denen sie sich mit dem Lohnabbau einverstanden erklären sollten, zu wegen. Der Laie nicht richtig, sollte entgegen werden. In der Schamottefabrik Thonberg, einem der größten Feuerfesten Betriebe, hat man den Stundenlohn von 83 auf 70 Pf. herabgesetzt und außerdem noch die Gehaltsuntergrenze von 6 auf 4 Pf. herabgesetzt. Außerdem verlangt die Firma weiter, daß bestehende Arbeiter, die zum Akkord angestellt wurden, jetzt im Tagelohn vergütet werden sollen, bei der gleichen Leistung wie vorher im Akkord. Arbeiter, welche nicht die gleiche Leistung wie im Akkord vollbringen, hat man einfach den Stundenlohn vor die Tür gesetzt und ihnen gekündigt. Den Betrieben, der sich gekündigt hat, das Votum der Firma zu unterzeichnen und im Sinne dieses auf die Arbeiterchaft einzusetzen, hat man, weil er ja nicht ohne weiteres entlassen werden kann, beim Arbeitsgericht verklagt. Die Firma glaubt, die Zustimmung des Betriebsrats zu ihrem Votum durch die Zustimmung des Arbeitsgerichts erzwingen zu können. Das geht dem Betriebsrat, welche die Firma in die Entscheidung des Arbeitsgerichts legt. Wir sind wirklich megerig, so als ein Arbeitsgericht haben wird, welches das bräute zu

rigorose Vorgehen der Firma Schamottefabrik Thonberg sanktioniert.

Allzuviel Gegenliebe zu ihren Plänen haben die Arbeitgeber der Feuerfesten Industrie innerhalb der Arbeiterchaft noch nicht gefunden. Wo Arbeiter unterschrieben haben, taten sie es nur mit Zähneknirschen unter dem wirtschaftlichen Druck, der auf der gesamten Arbeiterchaft lastet. Die Arbeitgeber der Feuerfesten Industrie Sachsens mögen sich gesagt sein lassen, daß sie äußerst kurzfristig handeln. Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Wenn die sachlichen Arbeitgeber der Feuerfesten Industrie glauben, mit ihren Maßnahmen der Feuerfesten Industrie wieder auf die Beine helfen zu können, dürfen sie sich schwer getäuscht haben. Je mehr man die Kaufkraft der großen Masse der Bevölkerung, der Arbeiterchaft, durch Lohnabbau schwächt, desto weiter legt man den Akt durch, auf dem man selber sitzt. Innerhalb der Arbeiterchaft wird sich eine Erbitterung festsetzen, die sich bei der ersten passenden Gelegenheit einmal spontan Luft machen muß. Konjunkturpolitik, die sie den Arbeiterorganisationen sonst immer vorwerfen, treiben jetzt die Arbeitgeber der Feuerfesten Industrie in Sachsen, unter Antriebes ihres Arbeitgeberverbandes in ausgedehnter Weise. Wenn das die vielgerühmte Wirtschaftsführung unserer Industriezweigen sein soll, können sich die Arbeitgeber der Feuerfesten Industrie Sachsens ruhig begraben lassen. Konjunkturpolitik und Wirtschaftspolitik ist bei ihnen nicht allzuviel zu hören.

Strafungsmaßnahmen vor dem Mitteldeutschen Schlichter sind eingeleitet. Die Entscheidung über den Antrag der Arbeiterchaft ist in einigen Tagen erit gefällt werden. Bei der Haltung der Arbeitgeber bzw. ihres Arbeitgeberverbandes, von dem aus die ganzen Anschläge auf Abbau in den einzelnen Betrieben gehen, ist mit ernsthaften Konflikten zu rechnen. Auch die Bedrohlichkeit der Arbeiterchaft ist einmal zu Ende. Für den Wirtschaftlichen Laie auf lange Dauer ist das Verhalten der Arbeitgeber nicht besonders förderlich.

Akkordarbeit.

Die fortschreitende Verheerungen, die die Akkordarbeit an Körper und Geist der Arbeiterchaft anrichtet, lassen sich nicht statisch festlegen. Akkord ist Akkord! Das alte Sprichwort hat für den Ziegler noch viel vor seine Bedeutung. Man kann es verstehen, wenn die Unternehmer versuchen, die Konjunktur während der Saison voll und ganz auszunutzen. Unverändert ist es aber, wenn junge kräftige Menschen hilflos dreißigstündig und als Akkordisten im wahren Sinne des Wortes jähelbaste Leistungen erzielen. Diese Arbeitsmethode ist Selbstmord. Die so erzielten Epigonalöhne wirken sich zum Nachteil der Akkordarbeiter bei allen Lohnverhandlungen aus. Die Erfahrung lehrt uns, daß die Arbeiterchaft mit diesen „Glanzleistungen“ bei den Verhandlungen immer gute Geschäfte machen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die älteren, abgebrauchten, ausgemergelten Arbeitskollegen den wahnwitzigen Wettlauf nicht mitmachen können und am Wege liegenbleiben, um dann als

Opfer der Arbeit die Landstraße zu bevölkern. — Zieglerlos! Frühzeitige Invalidität und ein gewaltiges Ansteigen der Unfallkosten sind die Folge. Muß das so sein?

Die Höchstleistungen werden von den Arbeitgebern als Mindestleistungen bezeichnet, und auf diese Weise die Arbeiterchaft zu einem immer größeren Kraftaufwand angetrieben. Das ist eine recht bequeme Methode, sich mühelos an dem Schweiß der Arbeiter zu bereichern. In den letzten 2 Jahren sind die Lohnherabsetzungen für die Akkordarbeiter praktisch nicht in Erscheinung getreten. Der Syndikus Dr. Frohn hat auf der Tagung der Rheinischen Ziegelerbeiter am 10. Dezember 1929 erklärt: „Erst in den letzten Jahren ist es uns gelungen, das Akkordwesen in einigermaßen vernünftige Bahnen zu bringen, und es nimmt kein Wunder, daß lange Erfahrungen gesammelt werden mußten, um zu dem heutigen Resultat zu kommen. Es war schwer, die einheitliche Formel zu finden, die heute wohl bei uns als festliegend für die künftigen Akkordverhandlungen angeprochen werden kann.“

Unerbittliche Freude spricht aus diesen Worten und bestätigt unsere Behauptung, daß eine Anzahl Akkordarbeiter mit ihrer Arbeiterkraft nicht haushälterisch umgegangen ist. Einige Ziegelerbeiter im Kölner Gebiet haben es für gut befunden, während der sogenannten „tariflosen“ Zeit die Akkorde nach unten zu revidieren. Wir kennen die Herren zu gut und wissen, daß sie den sozialen Bestrebungen ihrer Arbeiter nur dann Rechnung tragen, wenn diese in einer starken Organisation vereint sind. Jede Zerplitterung kommt den Arbeitgebern zu Gute, schwächt die Arbeiterchaft und hemmt die gewerkschaftliche Stokkraft. Darum ziehen wir hieraus die Mahnung: In jeder Ziegerei eine Organisation, ein Vertrauensmann, eine Verbandszeitung.

Die Wünsche und Erwartungen der Ziegler gehen nur dann in Erfüllung, wenn alle in einem Verband vereint sind, der stark genug ist, erfolgreich die Interessen der Ziegler zu vertreten. Das Gebot der Stunde verlangt reflexlosen Zusammenschluß in dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Peramischer Bund. Joh. Berger, Köln.

Gemeinschaften

Rosslau. Jubilarehrung.

Die Zählstelle Dessau, Bezirk Rosslau, veranstaltete am 17. Mai, abends 8 Uhr, im Volkshaus in Rosslau zu Ehren der Verbandsjubilare eine Feier. An blumengeschmückter Tafel sitzen 21 durch Kämpfe erprobte Kollegen mit ihren Lebensgefährtinnen.

Feierliches Schweigen herrschte im Saale, als das erste Musikstück ertönte. Darauf sprach die Kollege Heinz eine eindrucksvollen Prolog. Im Namen der Zählstellenleitung begrüßte der Kollege Tennert die Festversammlung. Sein besonderer Gruß galt den Jubilaren und deren Frauen. Warme Worte des Dankes richtete er an unsere Alten, die dem Verband durch alle Gefahren die Treue gehalten haben. Eine besondere Freude sei es ihm, führte er aus, den Jubilaren als bescheidenen Dank die vom Hauptvorstand gestiftete Ehrenurkunde überreichen zu dürfen.

Kollege Partsch überbrachte den Jubilaren Gruß und Dank des Hauptvorstandes; besonderen Dank sagte er deren Ehefrauen, die in, durch Maßregelung und sonstige Schikanen hervorgerufenen, oft schweren Zeiten dem Mann treu und opferfertig zur Seite standen. Die Gründung des Verbandes ließ er vor unseren Augen erstehen; die Schwierigkeiten unter dem Sozialisten- und Vereinseifer, wo es neben ersten auch nicht an heiteren Momenten fehlte, wenn es galt, der preussischen Räderhölle ein Schnippchen zu schlagen. Dann kam nach dem Bismarckmord die Revolution, die Republik und das Erstarken der Gewerkschaften, ferner der Achtstundentag, die Tarifverträge, das Betriebsratsgesetz. Alles dies konnte nur errungen werden, weil unsere Jubilare schon frühzeitig erkannt hatten, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ein Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Einen mahnenden Appell richtete Kollege Partsch an die jungen Kollegen und Kolleginnen: Sie sind es, die weiterhin an der Befreiung des Volkes, welches unsere alten Kolleginnen und Kollegen errichtet haben, zu arbeiten haben, damit es auch fernerhin allen Stürmen trotzen kann. Mit einem „Hoch“ auf die internationale Arbeiterbewegung schloß Kollege Partsch seine mit stürmischen Beifall ausgenommenen Worte.

Den Dank der Jubilare sprach in deren Namen Kollege Matke aus, sowie das Gelöbniß, dem Verband unermindert die Treue zu bewahren.

Ein Tanzkränzchen hielt alle Anwesenden noch einige Stunden in schönster Harmonie beisammen. P. R.

Verbandsnachrichten

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a das bisherige Mitglied der Zählstelle Garburg: Willi Wätcher, Mitgl.-Nr. S II 772 689.

Arbeitsmarkt.

- List of job offers: (Anzerate unter Chiffre werden nicht aufgenommen.) Geübte, ledige Glasflößerin, die auch mit Verputzen vertraut ist, in Luzusporzellanfabrik in Großstadt Norddeutschlands sofort gesucht. Chr. Carstens, Kom.-Ges., Lübeck, Dornestr. 48/49. (34/30) ...



# Internationales



## Die Richtungen in der Weltgewerkschaftsbewegung.

Die Mai-Nummer der Monatsschrift des Internationalen Gewerkschaftsbundes „Die Internationale Gewerkschaftsbewegung“ veröffentlicht eine ausführliche Statistik über den Stand der Weltgewerkschaftsbewegung im Jahre 1928. Wir entnehmen ihr nachstehende Angaben über die verschiedenen Richtungen:

**Freigewerkschaftliche Organisationen.** Während des Jahres 1928 stieg die Gesamtmitgliederzahl der freigewerkschaftlichen Organisationen von 19.377.448 auf 19.862.307, also um 484.859 (2,5 Proz.). Von den vier Hauptrichtungen der Gewerkschaftsbewegung steht die freigewerkschaftliche in jedem Weltteil an der Spitze und läßt die anderen weit hinter sich zurück. In Europa vertraten die freigewerkschaftliche Richtung am 31. Dezember 1928 13.991.143 Mitglieder. Dies bedeutet gegenüber 1927 (13.594.459) eine Zunahme um 396.684 (2,9 Proz.). Dann folgt Amerika mit 5.548.794 freigewerkschaftlich Organisierten und einer Zunahme gegenüber 1927 (5.380.072) von 168.722 (3,0 Proz.). In Asien ging die freigewerkschaftliche Mitgliederzahl im Jahre 1928 von 230.584 auf 227.685, also um 2.899 (1,2 Proz.) zurück. Ein Rückgang ist auch in Afrika festzustellen, wo die Mitgliederzahl von 122.333 auf 30.885, um 91.448 (74,7 Proz.) sank. In Australien ist eine Zunahme der Zahl der freigewerkschaftlich Organisierten von 50.000 auf 55.800 (also um 5.800 oder 11,6 Proz.) zu verzeichnen.

Die Zahl der Länder, in denen die freigewerkschaftliche Richtung vertreten ist, betrug am 31. Dezember 1927 56 und stieg während des Jahres 1928 um 1. Die Zahl der europäischen Länder blieb die gleiche (27); in Amerika ging sie um 1 auf 15 zurück. In Australien erfolgte keine Veränderung (2), in Asien erhöhte sie sich um 1 auf 6, in Afrika um 1 auf 7. Auch in der Zahl der Länder steht die freigewerkschaftliche Richtung an der Spitze.

**Kommunistische Organisationen.** Im Gegensatz zu den freigewerkschaftlichen ist die kommunistische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1928 erheblich zurückgegangen. Sie zählte am 31. Dezember 1927 13.670.462 Mitglieder, Ende 1928 jedoch nur noch 11.706.906, was einer Abnahme um 1.963.556 (14,3 Proz.) gleichkommt. Dies war vorauszusetzen; die riesige Zahl von 2.800.000 Gewerkschaftsmitgliedern in China, mit der die Kommunisten im Jahre 1927 die Welt überfluteten, hat sich als Bluff erwiesen. Die sogenannte kommunistische Gewerkschaftsbewegung in China ist zusammengebrochen.

Die übergroße Mehrheit der kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder stellt Europa, wo die Zahl im Jahre 1928 von 10.788.117 auf 11.582.764, also um 794.647 (7,3 Proz.) stieg. Diese Erhöhung wurde vor allem durch die russische Gewerkschaftsbewegung erzielt, wobei man jedoch in Betracht ziehen muß, daß die Gewerkschaften in Rußland keine selbständigen und unabhängigen Organisationen der Arbeiter, sondern Staatseinrichtungen sind. Asien steht in der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung an zweiter Stelle und zwar mit 74.452 Mitgliedern im Jahre 1928, gegenüber einer Zahl von 2.805.000 Ende 1927. Dieser gewaltige Rückgang erfolgte, wie bereits gesagt, durch den Zusammenbruch der kommunistischen Gewerkschaften in China. An dritter Stelle kommt Amerika, wo die

Zahl der kommunistisch Organisierten ebenfalls zurückging, und zwar von 77.345 auf 46.078 (40,4 Proz.). In Afrika, wo die kommunistische Richtung Ende 1927 noch keine Anhänger hatte, betrug die Zahl Ende 1928 3612.

Die Zahl der Länder mit kommunistischer Gewerkschaftsbewegung blieb die gleiche, und zwar 29, davon 15 in Europa, 8 in Amerika, 4 in Asien, 1 in Australien und 1 in Afrika.

**Konfessionelle Gewerkschaften.** Die Gesamtmitgliederzahl der konfessionellen Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1928 von 2.149.069 auf 2.120.562, also um 28.507 (1,3 Proz.) zurück. In Europa betrug die Abnahme 7.710 (0,3 Proz.), und zwar von 2.101.922 im Jahre 1927 auf 2.094.212 im Jahre 1928. In Amerika verringerte sich die Zahl von 47.147 auf 26.000 im Jahre 1928, also um 21.147 (44,8 Proz.). In Asien gab es Ende 1927 noch keine konfessionellen Gewerkschaften, Ende 1928 gab es 350 Anhänger dieser Richtung. In Australien und Afrika bestehen keine konfessionellen Gewerkschaften.

Die Zahl der Länder mit konfessioneller Gewerkschaftsbewegung stieg im Jahre 1928 von 16 auf 17, und zwar 13 in Europa, 3 in Amerika, 1 in Asien.

**Syndikalistische Gewerkschaften.** Die Gesamtmitgliederzahl der syndikalistischen Gewerkschaftsbewegung stieg im Jahre 1928 von 285.500 (1927) auf 323.643, also um 38.143 (13,3 Proz.). Diese Zunahme wurde vor allem durch die größere Vollständigkeit der Angaben der freigewerkschaftlichen Landeszentrale Polens hervorgerufen, die für 1927 keine, für 1928 jedoch 120.000 syndikalistische Gewerkschaftsmitglieder meldete.

In Europa stieg die Mitgliederzahl der syndikalistischen Organisationen von 112.500 auf 228.443, also um 115.943 (103,0 Proz.). In Amerika ging sie dagegen von 173.000 auf 89.200, also um 83.800 (48,4 Proz.) zurück. Für Asien werden im Jahre 1928 6000 Mitglieder gemeldet, während unsere Statistik 1927 noch keine angab. In Afrika gibt es zwei Länder mit syndikalistischen Gewerkschaften, deren Mitgliederzahlen jedoch nicht bekannt sind. In Australien bestehen keine syndikalistischen Organisationen.

Die Zahl der Länder mit syndikalistischer Gewerkschaftsbewegung stieg im Jahre 1928 von 15 auf 25, davon 13 in Europa, 9 in Amerika, 2 in Afrika und 1 in Asien. Die Zunahme ist vor allem in den vollständigeren Angaben begründet.

Die Gewerkschaften, die keiner der Hauptrichtungen angehören oder deren Richtung nicht feststellt, umfaßten Ende 1928 10.177.107 Mitglieder gegen 10.704.501 Ende 1927.

Die Gesamtzahl der gewerkschaftlich Organisierten betrug demnach 44.190.525 Ende 1928, gegen 46.187.060 Ende 1927.

Der Anteil der vier Hauptrichtungen an der Weltgewerkschaftsbewegung gestaltete sich auf Grund unserer Statistik in den Jahren 1927 und 1928 wie folgt: freigewerkschaftlich 42,0 Proz. und 45,0 Proz.; kommunistisch 29,6 Proz. und 26,5 Proz.; konfessionell 4,6 Proz. und 4,8 Proz.; syndikalistisch 0,6 Proz. und 0,7 Proz.; die übrigen Gewerkschaften umfaßten 23,2 Proz. bzw. 23,0 Proz.

Von den vier Hauptrichtungen hat also nur die kommunistische Richtung eine relative Abnahme zu verzeichnen.

man ein fremdes Land kennen, wenn man es besucht. Allerdings nicht, wenn man als Tourist von einer Stadt in die andere fährt, der nur die schönen Seiten kennenlernt, sondern als Arbeiter, der dort arbeitet. Doch das ist heute noch immer nicht möglich. So bleibt nur ein Zusammenleben während der Ferien. Und daher versprechen auch „Die Freunde der internationalen Solidarität“ ein wichtiges Glied in der Kette internationaler Solidarität des Proletariats zu werden.“ So schreibt der in der sozialistischen Welt bekannte Altmeister Karl Lauterbach.

Diese Vereinigung, die ein Glied der großen internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung ist, hat sich die besondere Aufgabe gestellt, sprachkundige Genossinnen und Genossen und mit uns Sympathisierende zu beschaffen, um diesen im neuen Ausland, im Hause sozialistischer Familien billigt zu verbringen, um mitzuhelfen am Aufbau persönlicher Freundschaft zwischen Gleichgesinnten, um die internationale Solidarität zu pflegen. Denn nur dann wird auch der Nation ein wirklicher Friede verbürgt werden können.

Daneben führen die Freunde der Vereinigung einen regen Brief-, Zeitungs- und Bücherwechsel. Auch Sprachunterricht wird gepflegt nach der „Direkten Methode“ in Orten, wo sie Gruppen unterhält, die all diese Interessenten umfaßt. Die Sprache ist und bleibt die Seele des Volkes. Und in sie wollen wir schauen. Auf Grund dieser Methode konnten sehr viele Genossen schon bereits nach einem sechsmonatigen Unterricht z. B. nach England und Schottland fahren und sich gut verständigen.

Im schönen Süden Englands, in Mittel-England mit seinen herrlichen Seen, in Schottlands fagenumwobenem Hochland, in Irland, der ewig grünen Insel, im freundlichen Holland, dem lieblichen Schweden, dem trauten Österreich, überall sind sozialistische Familien bereit, Gleichgesinnte billigt aufzunehmen. Und wenn ein Austausch in Frage kommt, sogar kostenlos. Auch mit Frankreich und Belgien wird vermittelt. Hier allerdings sind von Zeit zu Zeit gewisse Schwierigkeiten zu überwinden. Selbstverständlich gibt es auch im lieben Deutschland kaum eine Stadt von Bedeutung, wo unsere sozialistischen Familien sich nicht ebenfalls zur Aufnahme zur Verfügung stellen. Und hier sogar in den meisten Fällen ganz uneigennützig. Ob im Süden, Osten, Norden oder Westen, fast überall gibt es Gruppen oder Vertreter der Vereinigung, mit deren Hilfe die Genossenschaftsmitglieder des Auslandes untergebracht werden. Gemeinsam mit der sozialistischen Jugend, der freien Gewerkschaftsjugend, mit der Partei werden Veranstaltungen getroffen, um die Gäste auch einem größeren Preise vertraut zu machen. Mit Englisch und teilweise auch Deutsch, manchmal auch mit Esperanto, kommen die Genossen überall durch.

Wer nicht in Hotels wohnen will, wenn es darum zu tun ist, Genossenschaftsmitglieder persönlich kennenzulernen, wer die Arbeiterbewegung des betreffenden Landes wirklich kennenlernen will, wer allen Ernstes mithelfen will, die internationale Solidarität der eigenen Klasse zu pflegen, der kann nur diesen Weg mit uns beschreiten. Mit erdbringlichen Mitteln diesem hohen Ziele entgegen, das ist nur so erreichbar. Der herzlichsten Aufnahme sind wir von erster Stunde an gewiß, als seien wir alle jahrelang bereits miteinander vertraut gewesen. Doch der Grund hierfür ist eben der unerschütterliche Glaube an die hohe Mission des internationalen Sozialismus, der da Brücken baut von einem Herzen zum andern!

An Unkosten für Hin- und Rückfahrt entstehen 120 RM, wenn z. B. Berlin als Abfahrtsort und Süd- bzw. Mittel-England oder Schottland als Ziel legt. Je näher natürlich der Ort der Abfahrt dem Lande des Zieles ist, je geringer die Fahrtkosten. Für volle Verpflegung im Hause der Familie werden je Woche 25 bis 28 RM veranschlagt. Rechnet man noch einige Nebenausgaben hinzu, so genügen 200 bis 220 RM für einen vierzehntägigen Aufenthalt in Großbritannien, um das Land zu nennen, das uns zwar am entferntesten liegt, aber auch am interessantesten für uns ist. Kommt ein Austausch zustande, verringert sich der Betrag um 50 RM. Ein Reisepaß kostet 3 RM. Da die meisten unserer Freunde über Ostende fahren, kommt noch ein Durchgangspauschal für Belgien in Betracht, das 2 RM kosten wird.

Wer reisen will, der muß bereits jetzt seine Wünsche ausführlich unterbreiten. Ebenso, wer eine Korrespondenz haben möchte. Und wer in der Lage ist, ausländische Freunde entweder gegen Entgelt oder aber im Austausch aufzunehmen, auch der wird gebeten, sich allerebestens an die „Deutsche Landeszentrale der Freunde der internationalen Solidarität“ zu wenden: Berlin, E-W 19, Kurstr. 32. Der „Pionier“ bzw. „The Pioneer“, das zweisprachige Organ, gibt ausführliche Darstellungen über das für die internationale sozialistische Arbeiterbewegung so erlösende Wirken der Vereinigung.

### Literarisches.

Clemens Nörpel: „Reichsarbeitsgerichts-Rechtsprechung zum arbeitsgerichtlichen Verfahren.“ 104 Seiten Text, mit Schreibpapier durchschossen. Berlin 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Berlin S 14, Inselstr. 6. Gebunden 3,50 RM, kartoniert 2,75 RM. Organisationspreis gebunden 2,50 RM, kartoniert 2 RM. — Der Verfasser verfolgt mit seiner Broschüre den Zweck, den mit vielerlei Aufgaben überlasteten Gewerkschaftsfunktionären wenigstens die Sorge um die Kenntnis der Verfahrensbestimmungen des Arbeitsgerichtsgesetzes und der Zivilprozessordnung weitgehend abzunehmen, damit sich die Gewerkschaftsfunktionäre in erster Linie ihren wichtigeren anderen Aufgaben, vor allen Dingen auch der Kenntnis und Durchsetzung des materiellen Rechtes, widmen können. Anders als im materiellen Recht, wo grundsätzliche Erkenntnisse unbedingt erforderlich ist, genügt für den Gewerkschaftsfunktionär im Verfahrensrecht meist schon die Kenntnis der Auffassung des Reichsarbeitsgerichts, um danach zu handeln und auf diese Weise Fehler zu vermeiden. Ob die Reichsarbeitsgerichtsentscheidungen zum Verfahrensrecht auch rein juristisch einwandfrei sind, spielt für den Gewerkschaftsfunktionär regelmäßig keine besondere grundsätzliche Rolle. Man muß z. B. nur wissen, wie und welche Art Klagen man führen kann, wie der Enlassungsschutz, wie ein Betriebsratsgesetz verfahrensmäßig durchzuführen ist, wie die Geschäftsführungsgesetzliche Prozeßvertretung zu handhaben ist, wie man Berechtigungen der Urteile durchsetzen kann, welche Fristen man einzuhalten hat usw. Über alle diese Zweifelsfragen liegen Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts vor. Wenn man sie kennt, kann man Reklusen vor den Gerichten vermeiden. Die sämtlichen Reichsarbeitsgerichtsentscheidungen zum arbeitsgerichtlichen Verfahren, die es überhaupt gibt, sind in der Broschüre berücksichtigt worden. Es ist großer Wert darauf gelegt worden, die einzelnen Materien so darzustellen, daß ein in sich abgeschlossenes klares Bild entsteht. Die einzelnen Abschnitte tragen Ueberschriften, die so gewählt sind, daß sie ebenfalls jeder Gewerkschaftsfunktionär ohne weiteres verstehen kann. Sie sind seinen Gedankengängen und seiner Sprechweise entnommen. Auf jede juristische Formulierung ist verzichtet worden. Die Entscheidungen über das schiedsgerichtliche Verfahren und die Bescheide der Ministerien über die Ausschüsse für Lehrlingsstreitigkeiten sind besonders zusammengefaßt worden. Als besondere Neuerung ist erstmalig in dieser Broschüre eine Textseite unbrochen worden durch eine textfreie Seite, die von den Gewerkschaftsfunktionären für Notizen, Nachtragungen und Ergänzungen benutzt werden kann. An allen diesen Stellen sind sämtlichen Gewerkschaftsfunktionären die Anschaffung dieser Broschüre sehr dringend zu empfehlen.

Gertrud Hanna: „Frauenarbeit und Internationales Arbeitsamt.“ Schriftenreihe: „Internationale Sozialpolitik.“ Herausgeber Willy Donau. 21 Seiten. Berlin 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 60 Pf. Organisationspreis 45 Pf. — Die Verlagsgesellschaft des ADGB, veröffentlicht eine neue Schriftenreihe: „Internationale Sozialpolitik“, deren Erscheinen angesichts der wachsenden Bedeutung der internationalen Sozialpolitik und ihres Einflusses auf die Gesetzgebung der verschiedenen Länder freudig zu begrüßen ist. Das soeben erschienene Heft 1 dieser Schriftenreihe behandelt die Frage: „Frauenarbeit und Internationales Arbeitsamt“ und stammt aus der Feder der bekannten Sachbearbeiterin für Frauenfragen im ADGB, Gertrud Hanna. M. d. L. Die 20 Seiten starke Schrift gibt eine kurze Darstellung der Ursachen und Grundzüge für internationales Arbeitsrecht und Arbeitschutz und zeigt, von dem Begriff der Frauenerwerbsarbeit und der damit verbundenen Notwendigkeit eines besonderen Frauenschutzes ausgehend, die Entwicklung der internationalen Übereinkommen und Empfehlungen der Internationalen Arbeitskonferenz, soweit sie den Sondererschutz der Frauen, insbesondere den Mutter-schutz, den Gesundheitsschutz, den Schutz der auswandernden Frauen und die Festsetzung von Mindestlöhnen (Heimarbeit) behandeln. Die Schrift zeigt ferner die Wirkung der internationalen Maßnahmen auf die Gesetzgebung der verschiedenen Länder und gibt einen kurzen Überblick über die deutsche Mitarbeit auf diesem Gebiet. Bei der wachsenden Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit und der Tatsache, daß der Frauenschutz, wie er sich international darstellt, leider noch sehr wenig bekannt ist, muß man der Schrift die weiteste Verbreitung wünschen.

### Jugendliche Erwerbstätige.

Die Arbeiterjugend hat heute einen schweren Stand. Der Beruf stellt hohe Anforderungen an ihre geistigen und körperlichen Kräfte, dazu kommt die drohende Gefahr einer langen Arbeitslosigkeit. Schätzungsweise stehen heute 80 Proz. aller Jugendlichen von 14 bis 21 Jahren im Erwerbaleben. Gegenüber der Vorkriegszeit ist die Zahl der arbeitenden Jugendlichen, die auf den eigenen Vorkauf angewiesen sind, um 15 Proz. gestiegen. Allein die Zahl der Erwerbstätigen von 14 bis 16 Jahren vermehrte sich von 3,2 Millionen im Jahre 1907 auf 3,8 Millionen im Jahre 1925. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß der durch den Krieg entstandene Geburtenausfall naturgemäß vermindert auf die Zahl der Jugendlichen drückt. Bei dem jetzt wieder eingetretenen normalen Wachstum der Bevölkerung wird sich bei den Jugendlichen bald die schärfere Auswirkung zeigen. Die bei der Berufszählung von 1925 ermittelten Ergebnisse können jetzt schon als überholt angesehen werden. In Preußen sind bei einer neueren Erhebung rund 1,8 Millionen Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren festgestellt worden. Davon waren 600.000 gewerbliche Lehrlinge, 380.000 in der Landwirtschaft tätig, 220.000 landwirtschaftliche Lehrlinge, und der Rest stand in keinem Lehrverhältnis. Man sieht daran, daß heute auch die Zahl der ungelerten Jugendlichen in Preußen über 600.000, außerordentlich groß ist. Rechnet man noch die in der Landwirtschaft tätigen Jugendlichen dazu, so kommt man in Preußen auf etwa 1 Million Jugendliche, die in keinem Lehrverhältnis stehen.

Aus der gleichen preussischen Erhebung geht hervor, daß in einer ganzen Reihe von Erwerbzweigen, so in der Eisen- und Metallwarenherstellung, im Baugewerbe, im Bekleidungs- und Steinergewerbe, 80 bis 95 Proz. aller in diesen Gewerben beschäftigten Jugendlichen Lehrlinge sind, in der Papierindustrie 69 Proz. und in der gemischten Industrie und Textilindustrie 26,8 und 27,5 Proz. Diese große Verschiedenheit des Anteils der Lehrlinge an der Zahl der Beschäftigten in den einzelnen Gewerben prägt sich scharf in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen aus. Im übrigen zeigt sich aber gerade an diesen Zahlen, daß trotz des Fortschritts der Technik und der damit verbundenen stärkeren Einreihung von Maschinen und anderen technischen Hilfsmitteln im Produktionsprozeß das Handwerk nicht verdrängt wird, wie fälschlicherweise vielfach angenommen wird. Die Maschine bleibt schließlich doch immer nur Hilfsmittel.

Aber eines muß besonders hervorgehoben werden. In der Nachkriegszeit ist der Eintritt jugendlicher Mädchen in das Erwerbaleben bedeutend gestiegen. Die Zeiten, die ihnen endlich vorbehalten waren, daß die weibliche Jugend wenigstens noch zu 50 Proz. von dem Beruf zurückgehalten hat. Bei den Mädchen aus dem Arbeiterstand hat es auch früher keine Schonung gegeben, heute kann aber auch der kleine Mittelstand sich ein hartes Arbeitstages Opfer im Hause nicht mehr leisten. So ist die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen im Alter von 14 bis 16 Jahren von 1,4 auf 1,6 Millionen von 1907 bis 1925 gestiegen. Es ergibt sich, daß die jugendlichen männlichen Erwerbstätigen von 1907 bis 1925 um 20 Proz. sich vermehrt haben, die weiblichen um 13,4 Proz. Nach anderen Erhebungen, die bis 1927 reichen, soll die Zunahme der weiblichen Jugendlichen zurückgehen. Man folgert daraus, daß die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse und die Arbeitslosigkeit älterer Mädchen auf geregelte Beschäftigung Veranlassung ist, möglichst früh zu heiraten. Bemerkenswert ist auch, daß die Zunahme der weiblichen Jugendlichen hauptsächlich auf Angestellte entfällt,

die sich von 79.000 im Jahre 1907 auf 216.000 im Jahre 1925 vermehrten, während die männlichen jugendlichen Angestellten nur von 241.000 auf 244.000 stiegen. Bei den Arbeitern, worunter die Statistik auch die Lehrlinge faßt, war es umgekehrt. Hier liegen die männlichen Jugendlichen von 1,2 Millionen auf 1,5 Millionen, während die weiblichen Jugendlichen nur von 639.000 auf 667.000 zunahm. Es zeigt sich daran, daß die Vermehrung der Angestellten von den weiblichen Jugendlichen immer stärker besetzt werden, und daß die Arbeiterberufe die männlichen Jugendlichen von Jahr zu Jahr in stärkerem Umfange aufnehmen.

In einer Schrift „Die erwerbstätige Jugend“ hat Bernhard Nemes die Ergebnisse veröffentlicht, die seinerzeit bei der Aufstellung „Das junge Deutschland“ auf Fragebogen ermittelt wurden. Rund 200.000 Berufsschüler wurden befragt. Und das Ergebnis? Es sind die bekanntesten Klagen über die lange Arbeitszeit, Sonntagarbeit, Urlaubsverweigerung usw. hervorgetreten. Die Befragten, die 36 Proz. aller jugendlichen Erwerbstätigen durch ihren Gesundheitszustand in ihrer Arbeitsfähigkeit erheblich beeinträchtigt sind und 10 Proz. an allgemeiner Schwäche litten. Weitere 5 Proz. waren arbeitsunfähig. Diese Tatsachen müßten Veranlassung geben, die Jugendfürsorge noch bedeutend auszubauen. Wenn Schaumburg-Bippe 1926 18 Pf. und Württemberg sogar nur zwei Pf. pro Kopf der Bevölkerung für die Jugendpflege ausgab, so ist das ein Beweis dafür, daß für die Jugendlichen sehr wenig getan wird. Die starke Beeinträchtigung der Jugendlichen in ihrer Arbeitsfähigkeit ist nicht nur auf eine vorübergehende schlechte Ernährung zurückzuführen, sondern hier wirken auch noch andere Gründe mit. Die heftigen Erkältungskrankheiten haben ebenfalls einen hohen Anteil. Zudem kommt die Arbeitslosigkeit, von der auch die Jugendlichen nicht verschont bleiben. Die große Wohnungsnot, der Aufenthalt in dunklen Mietskasernen, das Zusammenwohnen mit Eltern und Geschwistern in engen, kalten, muffigen Räumen, die geistige Stimmung durch zerrüttete Nerven — alles das hinterläßt keine gute Wirkung. Aber es hat keinen Sinn zu fragen und zu jammern, davon wird sich nichts bessern. Selbst muß man Sand anlegen und mithelfen, daß es besser wird.

### Mittel zur Pflege internationaler Solidarität.

Wer von uns Alten aus der sozialistischen Bewegung träumte nicht auch einstmalig davon, ins nahe Ausland zu fahren, um die Arbeiterbewegung dort aus eigener Anschauung kennenzulernen. Welchen schätzbarsten Ziel war es nicht, persönliche Freundschaften im Kreise Gleichgesinnter aufzubauen und damit die internationale Solidarität zu pflegen. Höchstens als Wanderbursche kamen wir hinaus. „Diese internationalen Wanderungen als Handwerksburschen waren weilsolone ein unschätzbares Mittel, internationales Verkehr mit dem Proletariat zu erlangen. Heute aber hat dieses Wandern aufgehört. Der Weltkrieg hat auch die internationale Freizügigkeit zerrissen. Um so wichtiger werden neue Methoden internationaler Freundschaft, die den neuen Verhältnissen angepaßt sind. Internationale Solidarität ist notwendiger denn je. Soll diese Solidarität nicht eine bloße Abstraktion bleiben, dann gehört dazu, daß die Arbeiter eines jeden Landes die Verhältnisse anderer Länder und die Denkweise ihrer Bewohner genauer kennenlernen. Die Presse des eigenen Landes reicht dazu nicht aus. Am besten lernt

## Vorher — Hernach. Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

(Nachdruck verboten.)

Die bösen Tage rannen, so langsam das auch klingen mag, viel friedlicher und innerlich weniger aufwühlend dahin: Es waren die, an denen das rauhe Wetter aus den Winterwintern aufstach, wenn die Stoppel regenfeucht stand, der Nebel vom Walde her über die tiefen Wiesen schlich und die milde Sonne nur noch jämmerlich leuchtete und seine Hand voll Wärme ver-schickte. Dann fröstelte Ernst Seeliger mehr als vordem. Das weiße Tüchlein, einstens Andreas' Verwundern, ging immer seltner vom Munde des Lehrers. Doch seit dem Einzuge des Worowoer Findlings wurde es besser: Andreas blieb lange Tage um den Kranken und machte alle Handreichungen, auch drüben in der Schulstube. Durfte er sich darum nicht sehr wichtig vornehmen? In solchen Zeiten kam auch oft noch am späten Abend Suscha mit Jaschu Gonschoredy nach Friedrichs-Kammer herüber. Sie grüßte freundlich, legte das Kopftüchlein und den besseren Rock ab und griff mit flinker Hand die Arbeit an. Sie tat, als lähe sie nie das glückliche Leuchten in den Augen des Kranken. Sie ließ sich auch nie verleiten, länger als nötig auf dem Stuhle vor dem Krankbett zu sitzen.

„Ich bin doch nur hier, weil sonst alles verkommt“, wehrte sie freundlich jedes Lob ab und war schon wieder in der Küche verschwunden. Man merkte von ihrer Anwesenheit nicht viel. Nichts polterte und klirrte. Flecken und Schmutz verschwanden. Aus der Küche kam aufreizender Duft von gebratenen Kartoffeln oder geschmortem Obst. In der Stube wurde es mäßig warm. Der gepukete Kamin der Lampe ließ ein mildes Licht erstrahlen.

Am übelsten war Jaschu daran. Er wurde bald an den Brunnen, bald in den Holzstall geschickt. Ihm verblieben die Gänge zum Krämer und zu den Bauern. Ohne Murren fand er sich hinein, als Schichtknecht der Magd zu gelten. Lustig sah es aus, wenn er mit dem großen Henkelefort am Arme nach den Bauern ging, um Notwendiges einzuholen. Er wußte nach dem Rauche zu beurteilen, wo das frischeste Brot zu haben war. Stand es mit Ernst Seeliger schlumm, weil er tagelang nichts zu sich genommen hatte, dann brachte Jaschu sogar ein Paar Laubhühner oder ein junges Ferkel mit vom Einkauf und ging zu dieser Unternehmung bis in das übernächste Dorf, was immerhin gut zwei Wegstunden ausmachte.

War alles erledigt, dann saß Andreas auf dem Stuhle neben dem Bett und las vor. Jaschu kroch in irgendeine Ecke und drehte bedächtig die Fingerringe in den Händen. Suscha lehnte mit dem Rücken am Ofen. Sie sagte kein Wort, ohne daß Ernst Seeliger eine Frage an sie richtete. Dann gab sie leise und flug vorbeigehend. Hernach schwiegte sie wieder. Zur rechten Zeit sagte sie „Lebe wohl!“ und war nie zu bewegen, auch wenn es längst Mitternacht geworden war, über die Nacht von Woroowo fort-zubleiben.

„Es ist schon gut“, wandte sie auf Seeligers Witten ein, „wenn der Bauer mich in solchen Zeiten unter Abend fortgehen läßt. In der Nacht gehört die rechte Magd in das Haus. Wer kann wissen, was mit der Frau und dem Vieh in der Zwischenzeit vorgeht? Laßt mich nur. Ich bin schon bei ganz anderem Wetter über Land gegangen. Solange ich noch Jaschu Gonschoredy zum Begleiter habe, brauchst du dich niemand um mich zu sorgen. Er ist die Treue selbst. Wir wissen alle beide, was wir voneinander haben.“

Sie winkte dem alten Jaschu, und nach einem freundlichen Gruße und einem aufrichtigen Wünsche ging sie durch die Nacht heim. Aber nie ging sie von hinnen, ohne Andreas mütterlich-freundlich über den blonden Schopf zu fassen.

„Man muß es mit anderen gut meinen, damit man bei anderen für sich selbst Versehen und Verzeihen findet!“ entschuldigte sie sich einmal unerwartet und ließ seine Hand auf dem Scheitel des Kuben liegen. „Das Mißverstehen in dieser Welt ist groß. Wer mißbilligt, abganztan, macht sich verdient.“

Der Blick des Kranken Lehrers ruhte lange und nachdenklich auf ihr. Sie wurde rot und wandte sich schnell ab. Ihr feines Fühlen sagte ihr, daß er dem heimlichen Sinne ihrer Worte nach-faßte und zu begreifen anging.

Andreas hockte sich an den Tagen, an denen er im Spätnachmittag als Pfleger und Helfer blieb, auf einem schmalen, eisernen Bettgestell zur Nacht. Das Unbestimmte der Jugend führte ihn auch hier rasch in den Schlaf. Doch nie entging ihm das leise Geräusch und der vornehmste, bange Ruf. Schnell war er zur Stelle. Oft machten die Handreichungen Mühe, aber Andreas lernte in diesem selbstlosen Eum die große Menschen-pflicht des willigen und gebulbigen Helfens kennen, die ihr Freuen und ihren Dank verborgen im weiten Mantel trägt. Neben ihm Suscha, die Magd, des Abends mit heimwärts nach Woroowo, dann vergingen die Wegstunden rasch im gegenseitigen Betragen und Erzählen. Oft hing er sich an Suschas Arm, und eines Abends, als ein schwerer Regen sie überfiel, nahm sie ihn jütziglich unter das weisse Strickentuch, das sie nun beide umhüllte und schützte.

„Komm recht eng an mich!“ sagte sie.  
Er legte den Arm um ihren Leib, schmiegte sich eng an sie an und hörte ihr Herz langsam und ruhig schlagen. Gräßlich drückte er einen heißen Kuss auf ihre kräftige, abgearbeitete Hand. Sie suchte zusammen und zog ihn ganz eng an sich.

Als sie wachte in die Kammer kam und mit dem Licht über sein Gesicht leuchtete, stellte er sich schlafend, obwohl er mit aufwachenden Herzen auf ihr Kommen gewartet hatte. Eine Bitte, tausendmal durch die Gedanken gewandert, verworfen und wieder aufgegriffen, lag ihm auf den Lippen. Aber sie blieb dort und schloß mit ihm ein.

Die Bitte war: „Suscha, sei doch meine Mutter!“

### VII.

Der Winter fand wieder einmal im Lande. Hart und fest auf beiden hochgestellten Beinen.

Sie war es eine tolle Lust, in seiner unangebeuigen, russischen Art aber die selber zu sagen, an den geistlichen Woro-wor Schönbekühnen zu zeren und hohe Riezern so lange sitzen und karran zu lassen, bis sich der gedrehte Stab...  
„Ich war es auch ein unbestimmtes...“ an den Woro-worern hohe Schneewege anzutreten, das alle Tagewerke hier in die endlose Tiefe verlieren müßten.

„Neb hier, Andreas!“ meinte an einem solchen...  
Sturmzüge Lehrer Ernst Seeliger, als Andreas aus der Schulstube ging, es hat die Arbeit und ruht noch weiter. Drüben steht eine dunkle Kalkwand. Die bringt noch mehr, und der Wind bläst auch wieder auf. Die Woro-wor Kinder sind heute gar nicht erst in die Schule gekommen.“

„Ich hab' der Suscha versprochen, mit Jaschu in die Kom-mende nach dem Holz zur Gomilgahs zu fahren“, wehrte An-dreas ab und legte sich gleich mit der Schulter gegen den drän-genden Sturm. Zweit schloßte er es. Er war legte der Wind dem Wege entgegen und wart mit vollen Händen wie Eisenbahn in das Gesicht, aber in Wolke strahlte sich der Sturmstrom an den sparrenden und stehenden Leuten und kiezern ab. Dafür lag der Schnee auf den Balken bergehoch, so daß jeder Schritt er-schwerlich werden mußte.

Auch das wäre noch zu überwinden gewesen, wenn die un-glücklichen Stiefel nicht jeden einzigen Schritt zur Qual gemacht hätten.

Diese Stiefel!  
Vor einigen Wochen gingen sie, funkelnagelneu und ver-führerisch, bei Schuster Simmel über dem Bett als werbendes Meisterstück. Jaschu Gonschoredy liebäugelte lange mit ihnen. Stiefel zählten nun einmal zu seinen angeborenen Schwächen. Es blieb der Mühsale Miela-Moch nichts anderes übrig, als in den gemeinsamen Sparstrumpf zu längen und vierundneinhalbden Taler für den Alten herauszurücken.

Nun stredte die Stiefel an den Beinen von Andreas Birken-busch. Das war so gekommen: Am frühen Morgen dieses Schneetages erschien Jaschu Gonschoredy mit einem geheimnisvollen Paden auf dem Günterhofe, Freitag zu Andreas in die Kammer und sagte ein wenig verlegen und der guten Tat sich schämend: „Heute kannst du mit deinen zerrissenen Schuhen nicht in den hohen Schnee gehen. Wenn du durchaus zum Schulmeister mußt, kannst du meine neuen Stiefel anziehen. Hier sind sie!“

Er stellte die neuen, frischgeblöhten Stiefel mit den hohen Schäften vor das Bett. Andreas wurde ganz stolz. Ein solches Opfer hätte er nie erwartet. Geschwind zog er sich an und probierte.

Schon auf dem Wege zur Schule zeigte sich, daß der Stiefel-tausch nicht gerade unter einem Verunststütern stand. Jetzt, auf dem Heimwege durch die hohen Schneewehen, erwies sich die volle Arbeit. Beim ersten kühnen Sprunge über einen Schnee-haufen, der breitpurig und drohend wie eine Follschranke den Weg sperrte, kam nur der blohe Fuß wieder zum Tageslicht empor. Der stolze Kürassierstiefel konnte nur mit großer Mühe und Umständenlichkeit aus dem Schnee gegraben werden. Dabei ging es nicht anders, als mit dem bloßen Fuße in dem eisigen Schnee herumastampfen. Andreas nahm nun bei jedem weiteren Schritte die Stiefel an den Stiefelsohlen mit. Das war ein mühsam Unterfangen, bei dem auch der Kräftigste nach einer Weile klein beigeben muß. Der Schweiß stand dem Kuben auf der Stirn, noch ehe er ein volles Hundert Schritte hinter sich wußte. Auf die Dauer konnte man auch in dieser Art der Schwierigkeiten nicht Herr werden. Immer kürzere Zeit währte das Vorwärtsspringen und immer länger die notwendige Atem-pause. Beim Ausruhen aber piffte der eisige Wind durch die dünne Zoppe und das abgetragene, vom vielen Waschen recht dünn gewordene Flanellwebd bis auf die Knochen.

Ein Woro-wor weiß sich jedoch immer zu helfen. Kurz ent-schlossen zog Andreas die Stiefel aus, nahm in jede Hand einen von ihnen am Ohr und trachte unter stoßendem und pfeifendem Atem durch die hohen Schneewehen. Erst auf der ein wenig aus-getretener Dorfstraße schlüpfte er wieder in die Röhren und schritt, die Stiefel stolz wie ein Alter weit auswärts lebend, pfeifend dem Günterhofe zu.

Am Abend schüttelte Andreas ein ungefanntes Unbehagen. Er rühte immer näher an den Ofen. Die Abendbuppe löffelte sich schlecht und schmeckte fade. Noch ehe die Schlafenszeit heran-kam, drückte er sich in seine Kammer, froh in das eiskalte Bett und zog sich die Dede bis an das Kinn. Aber es schien, als krähe der Wind, der stöhnend und ächzend um die Hausedien setzte, mit in das Bett hinein und versuche, sich an dem feierig-heißen Knabenkörper zu erwärmen. Andreas schüttelte sich und nahm sich vor, am nächsten Morgen noch mehr Moos und Stroh zwischen die Fenster zu packen.

## Epilog im Wartesaal.

Mit der Untergrundbahn fuhr ich nach dem St. Bazare-Bahnhof. Während der Fahrt überlegte ich meine weiteren Schritte. Da ich entbedt war, müßte ich trachten, nach dem neutralen Ausland zu entkommen, und das war keine leichte Sache. Um so mehr, da es mir an Geldmitteln fehlte. Eine Summe von 10 000 Franken, die ich für alle Fälle in dem kleinen Zimmer in Batignolles versteckt hatte, hatte ich unglücklich-weise vor einigen Tagen in meine ständige Wohnung gebracht, die ich natürlich nicht mehr betreten konnte.

Mein ganzes Vermögen bestand augenblicklich aus ungefähr 100 Franken. An die Stockholmer Bank, bei der ich ein kleines Konto besaß, durfte ich mich nicht wenden, es hätte zu meiner Entdeckung führen können. Mich an meine Austragsche zu wenden, die natürlich im Auslande lagen, wäre gleichbedeutend mit Selbstmord gewesen. Ebenso müßte ich es vermeiden, mit den Mittelpersonen in Verbindung zu treten, da möglicherweise auch sie beobachtet oder gar schon verhaftet waren.

Auch war mir letzteres im Falle einer Entdeckung streng untertänig, und die rührenden Arme der Organisation mußte ich nicht minder fürchten als die Justiz.

Ich stand also vor der Wahl, entweder die Flucht über die Grenze zu wagen, oder mich irgendwo im Lande zu verbergen und das Ende des Krieges abzuwarten. Aber bis dorthin konnte noch lange Zeit vergehen. So entschied ich mich für die Flucht. Außer den 100 Franken konnte ich nur noch zwei Ringe mein eigen nennen, denn auch mein übriger Schmuck befand sich in meiner Wohnung.

Ich besaß also nur sehr beschränkte Mittel, und ich müßte mich aus einem kriegsführenden Lande herauschmuggeln, dessen Grenzen bewacht waren wie das Gasse einer großen Bank. Auch müßte ich, daß in wenigen Stunden der Telegraph in allen Windrichtungen spielen und meine Personalbeschreibung bekanngeben würde.

Als ich am Bahnhof ankam, getraute ich mich nicht, eine Fahrkarte zu lösen. In der Halle hatte ich mehrere Männer bemerkt, in denen mir auch ohne besonderen Scharfsinn die Kriminalbeamten errieten konnte.

„Nun aber! Um ein mich ein Lazarettzug nach...“  
„Auf dem ich einer Krankenpflegerin erzählt, der...“  
„Auch die gefällige Kollegin“ wollte mich behilflich...“  
„... einen Zug zu erreichen.“

Die Erzählerin schwiege einen Augenblick, als wollte sie ihre Gedanken sammeln. Zu gleicher Zeit erscholl draußen am Bahn-steig ein...  
„Der Kaiser Zug“ warnte der Mann.

„Ich will mich nicht lassen“, sagte die rotblonde Dame. „Meine Reife nach Rouen war unglücklich. Die geluchte Person, die einzige, an die ich mich wenden konnte, war im Auslande. Ich blieb nur einige Tage in der Stadt, dann fuhr ich nach der Bretagne, wo ich, um meinen Lebensunterhalt zu verdienen, in Fabriken arbeitete. Später wurde ich Strögenbahnwärtlerin in Lyon, Friseurgehilf... in Marseille und endlich Kellnerin in Perpignan. Hier lernte ich einen schon älteren Mann kennen, der in der Nähe der spanischen Grenze ein Wirtshaus besaß. Er kam öfters nach Perpignan, und man munkelte, daß er sich mit Sch... bejahe. Wenige Wochen später war ich bei ihm angestellt. Aber trotz arbeitsamerikaner bemerkte ich nichts, was das Gerücht über sein gefährliches Gewerbe bestä-tigt hätte. Ich dachte schon daran, auf eigene Faust die Flucht über die Grenze zu wagen, als ich eines Abends ein Gespräch meines W... belauschte, woraus ich erfuhr, daß er einen für die nächste Nacht geplanten heimlichen Grenzübertritt anzugeben müßte, weil einer seiner Leute plötzlich erkrankte. Die Expedition fand am folgenden Tage trotzdem statt. Und unter

„Ich muß diese Nacht in dein Bett, Kamerad!“ rante auf einmal mit rauher Kehle der eisige Windgefell, der durch das Fenster in die Kammer gesprungen war, Andreas in das Ohr, „draußen friert man zu Stein und Wein. Rück an die Wand und mach' Platz!“

Andreas zog die Dede bis an das Kinn heran, doch der ungebundene, eisige Gast fragte nicht viel, froh mit unter die Dede und drückte den Frostelnden bis an die Wand.

„Wir beide gehören von nun an zusammen!“ rante es wieder. „Wir werden zusammen warm oder kälter sein für immer (anekdotisch).“ Der Fiebernde zog die Dede bis über den Kopf, um das Klappern der Zähne und das ruckweise Frösteln der Glieder zu überwinden. Er fassete die Hände und versuchte sich auf ein Gebet zu erinnern. Doch die verwirrten Gedanken saßen nun immer einen feinen, abgerissenen Faden aus dem sonst sorg-sam aufgewickelten Knäuel: „Und... und... vergib uns unsere... Schuld... unsere Schuld... unsere...“ Darüber schlief er ein und hörte nur ganz fern im Traume, wie Suscha, die Magd, in die Kammer kam, sich, wie immer, über ihn beugte, das seichte Haar zurückstrich und dann leise in ihr Bett in der Ecke ging. Er wollte die Augen öffnen, die Hände entgegen-recken, sagen, daß eine verzehrende Brand- und Durstglut durch die Glieder woge, aber die Fleischwäre war nicht zu überwinden.

Wie lange währte diese Nacht? War es nicht zulezt so, als ob ihn ein unbarmherziger Stolz in die Tiefe warf?

Doch wie konnte man erklären, daß auf einmal, wie aus großer Weite, vertraute Stimmen an das Ohr klangen?

„Nein! Es war schon so“, hörte er Suscha sagen, „er schlug für einen kurzen Augenblick die Augen auf und sah sich um.“  
„Es ist schade um ihn“, begann die andere Stimme, „man müßte ihn hauptsächlich für ihn sorgen.“ Er hat einen feinen, an-stelligen Kopf. Wie er die Bücher in sich hineintrinkt. Wie alles in ihm haften und hängen bleibt.“

„Wer soll's denn tun?“ Der Andreas wird immer im Schatten stehen. Das ist hierzulande aller Loh.“

„Ich wüßte wohl einen Weg... einen... Suscha!“

Die Stimme wurde fast unhörbar. Ein langes Schweigen vor der Antwort, die dann auch ganz leise und äbgered kam: „Sprich nicht so, Ernst! All das darf nie sein. Ein einziges Freuen würd das Leben um und hinterläßt nichts als Trümmern. Ich will allein mit den Dingen fertig werden. Ich hab's so gewollt.“

„Läß mich erst zu Ende sprechen, Suscha“, sagte Ernst Seeliger ebenso leise, „wir haben Tag für Tag, viele lange Wochen hindurch, ohne Poffnung an diesem Bett gelesen. Ich bin darüber ein ganz anderer Mensch geworden. Der tägliche Weg hierher hat mir rote Waden gemacht. Aber auch in mir drinnen sind andere Gedanken aufgewacht. Vielleicht lagen sie auch schon länger in mir... von der Zeit an, als du dann und wann ins Schulhaus kamst. Wer weiß so genau über sich selbst? In der Sorge um Andreas, die wir beide trugen und oft voreinander verhehlten, ist unendlich vieles klar und auch ganz einfach geworden. Jetzt, wo ich Suscha zu dir sagen darf, kann ich es auch aussprechen. Ich habe auch dich erkannt. Ich weiß, wie es um dich und Andreas steht, und das Letzte, was ich nicht weiß, will ich nie erfragen. Gines nur erfallt ich; du bist aus einer Hoffnungsloshöhe gestürzt und glaubst, das Erlebnis nie überwinden zu können. Du hast in deinen jungen Jahren zu viel gegeben.“

(Schluß.)

den vier waghalsigen Schmugglern, die auf den abenteuerlichsten Wegen, bei steter Lebensgefahr, die spanische Grenze über-schritten, befand auch ich mich. Es war wirklich keine leichte Sache gewesen, das mißtrauische Haupt der Schmuglerbande zu bewegen, daß er mich — natürlich in Männerkleidern ge-steckt — mitnahm.

Als wir schon drüben in Spanien waren, verließ ich heimlich meine Genossen. Vier Wochen später befand ich mich in Kassel.

Die Erzählerin schwieg. Und da sagte der Mann: „So, Madame, und jetzt ist es Zeit, daß wir uns nach dem Bahnhofsgebehen, denn auch der Zug nach Spanien wird gleich eintreffen.“

„Nach Spanien?“ fragte verwundert die Frau. „Führen Sie mich denn nicht nach Paris?“

„Dazu hätte ich kein Recht, Madame.“  
„Sind Sie denn kein Kriminalbeamter?“  
„Iam es höchst erregt von den Lippen der Rotblonden.“

„Mein, Madame. Mein Name ist Pierre Levier, und ich lernte Sie vor Jahren in Paris kennen. Es ist kein Wunder,“ fügte er hinzu, ihren erkannten Blick gewährend, „daß Sie sich meiner nicht entsinnen.“ Ich war damals noch ein Jüngling von achtzehn Jahren und habe mich seitdem stark geändert. Aber, Madame sind noch immer dieselbe.“ Und sein Blick war ein Kompliment.

Die Frau wollte noch immer nicht glauben.  
„Dann werden Sie mich eben den Gendarmen brauchen übergeben.“ Sie lud doch Franzose, und ich habe gegen ihre Beimat gesündigt.“

Der junge Mann lächelte.

„Sie vergessen, Madame, daß inzwischen zwölf Jahre ver-gangen sind. Ihre Tat ist nach dem Gesetz verjährt.“ Und jetzt gestatten Sie mir, daß ich Ihnen eine Fahrkarte besorge. Nach Spanien natürlich. Es wäre doch nicht ratfam für Sie, über Frankreich zu reisen.“

Als er zurückkam, hatte sich die Frau von ihrer Ueber-rauschung schon etwas erholt. Als Levier ihr die Fahrkarte reichte, gab sie ihm die Hand:

„Ich danke Ihnen!“

„Pierre Levier lachte.“

„Keine Ursache, Madame. Ich bin es, der zu einem Dank verpflichtet ist. Ja, Sie leben mich jetzt verwundert an, aber die Sache ist wirklich so. Ich bin nämlich seit einigen Jahren Reporter des „Paris Matin“, und Sie werden zugeben, daß die Geschichte, die Sie mir soeben erzählt haben, nicht ganz uninter-essant ist.“  
Aber ich höre meinen Zug eintreffen.  
Leben Sie wohl, Madame.

## Vom gelizten Schollen.

Der Geiz ist in England und Amerika sprichwörtlich und der Gegenstand zahlreicher guter Scherze. Ein amerikanisches Blatt bringt wieder einige neue reizende Geschichten, von denen wir die besten wiedergeben. Bemerkenswert ist dabei, daß die Schotten sich selbst über ihren Geiz lustig machen, und daß die Schwänke von dem Bürgermeister der Stadt Aberdeen stammen. In Schottland wurden vor einiger Zeit die Rigarren sehr billig, da die Tabakpreise durch starke Produktion fielen. Die Schotten waren aber davon gar nicht entzünd, denn die meisten von ihnen sind zu geizig, um zu rauchen. Im Gegenteil! Sie empfangen es unanenehm, und einer von ihnen gab ihrem Unmut folgende Begründung: „Das Leben wird immer schwerer. Jetzt, wo die Rigarren so billig geworden sind, spare ich an jeder, die ich nicht rauche, einen Penny weniger als früher.“ Ein eigenartiger Standpunkt!